Programm zu den Kommunalwahlen 2024

Karlsruhe mit LINKS

Die Linke

Kreisverband Karlsruhe

Unsere 5 Spitzenkandidat*innen für Karlsruhe: Serena Schmidt, Christina Zacharias, Franziska Buresch, Anne Berghoff und Tanja Kaufmann (von links).

Inhaltsverzeichnis des Kommunalwahlprogramms:

Präambel. Veränderung beginnt vor Ort 3
I. Karlsruhe – eine soziale und lebenswerte Stadt für Alle 4
II. Gute Arbeit fördern, soziales Wirtschaften durchsetzen 9
III. Bezahlbare Miete statt fetter Rendite 15
IV. Klima retten, Umwelt schützen – sozial und ökologisch 17
V. Mobilität für alle - sozial-ökologische Verkehrswende vorantreiben 21
VI. Bildung ist ein Menschenrecht - Von der Kita bis zum lebenslangen Lernen .. 27
VII. Kultur schaffen und erleben 33
VIII. Gute Gesundheitsversorgung orientiert am medizinischen Bedarf 39
IX. Für einen Linken Feminismus – Karlsruhe als „Sorgende Stadt“ 41
X. Queer - Gleichberechtigung für alle Lebensweisen 44
XI. Für eine solidarische Einwanderungsgesellschaft 45
XII. Antifaschismus muss praktisch werden – kein Platz für Rassismus 47
XII. Demokratie in Karlsruhe – Partizipation im Alltag stärken 48
XIII. Vorteile der Digitalisierung nutzen – für alle 51
XIV. Legalize it: Für eine rationale Drogenpolitik 55
XV. Tiere sind keine Ware 56
XVI. Karlsruhe antimilitaristisch – Frieden beginnt vor Ort 58
Unsere Kandidat*innen 59

Präambel

Veränderung beginnt vor Ort

Liebe Karlsruher*innen,

die gesellschaftlichen Krisen spitzen sich immer mehr zu: Krieg in Europa, Inflation, Strom- und Gaskrise, die immer spürbarer werdenden Folgen des Klimawandels, Coronapandemie und die sich weiter vergrößernde Schere zwischen Arm und Reich. Wir als Die Linke sind überzeugt: Entschiedene Maßnahmen müssen durchgesetzt werden zur Entlastung der Mehrheit und einer grundsätzlichen Veränderung für soziale Gerechtigkeit und eine solidarische Gesellschaft.

Auch hier in Karlsruhe muss das zu Konsequenzen im politischen Handeln führen. Dringend nötig sind Maßnahmen gegen die sozialen Folgen der Klimakrise, gegen hohe Mieten, Energie- und Lebensmittelpreise, damit für viele das Geld zum Leben reicht und die Kluft zwischen Arm und Reich nicht immer größer wird. Wir wollen die Weichen für ein lebenswertes, klimaresilientes, ein sozial gerechtes Karlsruhe stellen und damit eine Vorreiterrolle in Baden-Württemberg einnehmen.

Wir stehen dabei an der Seite all derjenigen, die sich für ein soziales und ökologisches Karlsruhe engagieren: von Gewerkschaften, Sozialverbänden, feministischen, queerpolitischen, antifaschistischen sowie antirassistischen Gruppen über Klimaschutz- und Umweltorganisationen, Erwerbslosen- und Friedensinitiativen bis hin zu den Ehrenamtlichen in den Sport- und Bürgervereinen oder in der Flüchtlingsarbeit.

Die Linke verbindet die Arbeit im Gemeinderat mit Engagement in außerparlamentarischen Initiativen und Bewegungen. Wir wollen keine Stellvertreter*innenpolitik im Gemeinderat machen, sondern gemeinsam vor Ort etwas bewegen. Linke Gemeinderatspolitik heißt für uns, den Interessen benachteiligter Gesellschaftsgruppen Gehör zu verschaffen, demokratische Teilhabe für alle einzufordern und gemeinsam eine nachhaltige sozialökologische Entwicklung in allen Gesellschaftsbereichen zu erkämpfen. Die Linke leistet Widerstand gegen das vermeintlich alternativlose „Weiter so!“

Wir streiten für eine vielfältige, inklusive und nachhaltige Stadt. Dazu gehören bezahlbarer Wohnraum, ausreichend gute und sichere Arbeitsplätze, gute Schulen und kostenfreie Kindertageseinrichtungen, eine intakte Umwelt, ein funktionierendes Gesundheitssystem, geringere Verkehrsbelastung und ein gut ausgebautes kostenfreies Nahverkehrssystem, bezahlbare Kultur- und Sportangebote.

Gemeinsam mit Euch möchten wir gegen die herrschenden Zustände streiten – gegen Ausbeutung von Mensch und Umwelt, gegen Armut, gegen soziale Ausgrenzung, gegen Rassismus und gegen Krieg. Unsere Vision ist ein soziales und solidarisches Karlsruhe. Zusammen können wir Karlsruhe verändern. Davon sind wir überzeugt. Dafür treten wir bei den Kommunalwahlen an.

Wir freuen uns über Eure Stimme für die Liste Die Linke am 09. Juni 2024.

I. Karlsruhe – eine soziale und lebenswerte Stadt für Alle

Die Jahre der Corona-Pandemie, die zunehmenden Auswirkungen der Klimakrise, Die Teuerungswellen von Strom, Gas und Lebensmitteln zeigen, dass ein politisches Umsteuern längst überfällig ist. Auch im vermeintlich wohlhabenden Karlsruhe sind immer mehr Menschen von Armut bedroht. Die Gründe sind vielfältig: Sie sind erwerbslos, in ALG I, im Bezug von „Bürgergeld“ (nur ein anderer Name für Hartz IV), in Grundsicherung, alleinerziehend, bekommen zu niedrige Löhne oder Renten, sind lediglich befristet angestellt oder arbeiten in Leiharbeit. Viele Kinder wachsen in Armut auf, Älteren reicht die Rente vorne und hinten nicht.

Diese Armut wird verschärft durch die neoliberale Politik auf Bundesebene und weiter verstärkt durch die unsoziale Regierungspolitik von Grün-Schwarz in Baden-Württemberg. Diesen Kurs verfolgen auch die anderen Parteien im Karlsruher Gemeinderat. Die Kürzungen im kommunalen Haushalt haben im sozialen Bereich verheerende Auswirkungen für die einkommensschwachen Familien, Rentner*innen und junge Menschen.

Als Linke werden wir auch in Zukunft Widerstand gegen eine Politik auf dem Rücken der Ärmsten in dieser Gesellschaft leisten. Wir setzen uns dafür ein, dass die Kommunen ihre Handlungsspielräume nutzen und soziale Verbesserungen durchsetzen. Wir treten ein für eine soziale Offensive in Karlsruhe und fordern deswegen die „Soziale Stadt“.

Unsere Kernpunkte

- Einen kostenfreien Kita-Platz für jedes Kind
- Die Ausweitung des Karlsruher Passes
- Keine Strom- und Gassperren

Soziale Gerechtigkeit beginnt vor Ort

Baden-Württemberg ist ein reiches Land. Aber reich sind nur wenige. Jedes fünfte Kind wächst armutsgefährdet auf, bei Kindern mit Migrationshintergrund sind es sogar 30 Prozent. Gegen die gesellschaftlichen Ungleichheiten setzen wir uns auf kommunaler Ebene für eine gerechte Gesellschaft ein. Immer mehr Menschen müssen beim Jobcenter aufstockende Leistungen beziehen. Immer mehr Alleinerziehende müssen sich am Ende des Monats fragen, wie sie den Kühlschrank füllen können. Wir wollen eine Gesellschaft, in der gesellschaftlicher Reichtum so verteilt ist, dass Tafeln und Kleiderkammern gar nicht erst nötig sind. Gemeinsam mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und Initiativen streiten wir für eine Sozialpolitik, die allen Menschen Zukunftsperspektiven und soziale Sicherheit ermöglicht.

Als Linke setzen wir uns gegen Armut und für soziale Teilhabe ein:

● Die Kürzungen und Gebührenerhöhungen in den sozialpolitischen Feldern im Rahmen der vermeintlichen Haushaltsstabilisierung müssen zurückgenommen werden. Dazu gehören Erhöhungen von Kitagebühren oder Streichung von Jobs trotz Personalmangel. Auch Kürzungen der Zuschüsse für Kultureinrichtungen lehnen wir ab.

● „1-€-Jobs“ müssen abgeschafft werden. Stattdessen sind ausnahmslos sozialversicherungspflichtige und tariflich entlohnte Arbeitsverhältnisse zu schaffen, die mindestens den gesetzlichen Mindestlohn gewährleisten.

● Schluss mit den Sanktionen für Empfänger*innen von Transferleistungen! Das „Bürgergeld“ hat die entwürdigende Sanktionspraxis der Jobcenter nicht beendet. Alle Sanktionen gegen die Betroffenen müssen ausgesetzt werden. Als Linke fordern wir den Gemeinderat dazu auf, sich auf allen politischen Ebenen dafür einzusetzen.

● Keine Verdrängung! Die „Kosten der Unterkunft“ müssen den echten Bedarf abdecken und den tatsächlichen Miet- und Energie-Kosten entsprechen. Menschen im Bürgergeldbezug oder in Grundsicherung dürfen nicht in Wohnungen niedriger Standards oder in Randgebiete abgedrängt werden. Wohnen muss auch für einkommensschwache Menschen in allen Teilen der Stadt möglich sein. Die Repressionen gegen die Betroffenen mit Hilfe von willkürlich festgelegten Mietobergrenzen sind unverzüglich einzustellen.

● Der Eintritt in Einrichtungen der öffentlichen Hand für Menschen im ALG-I- oder ALG-II-Bezug, im Bezug von Bürgergeld oder Grundsicherung, muss kostenfrei sein.

● Geringverdiener und Menschen ohne Erwerbseinkommen und Karlsruher Pass-Inhaber müssen den Anspruch auf ein gebührenfreies Sparkassenkonto erhalten.

● Eine Ombudsstelle für Beschwerden von Transferleistungsbezieher*innen muss eingerichtet werden.

● Langfristig planen wir sichere und beitragsfreie Kita-Plätze für alle. Dies muss für Familien mit geringem Einkommen sofort garantiert werden.

● In Karlsruhe müssen die Leistungen des Karlsruher Passes, des Karlsruher Kinderpasses und des Karlsruher Pass 60 Plus erhöht werden. Mit Erhöhung der Einkommensgrenzen soll der Kreis der Leistungsberechtigten auf prekär Beschäftigte ausgeweitet werden.

● Auch die „Karlsruhe Card - Familienkarte“ in Ergänzung zum Landesfamilienpass muss ein erweitertes Angebot beinhalten. Dafür bauen wir Druck auf die Landesregierung auf.

● Sämtliche schulischen Angebote und Leistungen inklusive Anfahrt und Verpflegung müssen beitragsfrei zur Verfügung gestellt werden. Dies gilt besonders für Kinder von Familien in der Grundsicherung, wie auch für Familien in anderen prekären Lebens- und Beschäftigungsverhältnissen.

● Stromsperren und andere Einschränkungen von Dienstleistungen öffentlicher Unternehmen für Menschen und Familien in Zahlungsschwierigkeiten müssen abgeschafft werden.

● Kaffeestuben und Volksküchen für Bedürftige sollen in allen Stadtteilen eingerichtet werden.

● Die Anzahl obdachloser Menschen muss seitens der Stadt regelmäßig erhoben werden. Eine Gegenstrategie soll z.B. durch „Housing First“-Programme als eine Alternative zum herkömmlichen System der Notunterkünfte entwickelt werden.

● Sogenanntes „Feindliches Design“, das heißt, Gestaltungsmaßnahmen, die den Aufenthalt von Obdachlosen oder auch von Jugendlichen verhindern sollen, müssen abgebaut werden. Dazu zählen z.B. Sitzbänke mit schrägen Oberflächen, die ein längeres Verweilen verhindern.

● Unabhängige und für die Betroffenen kostenlose Sozial- und Schuldnerberatungen müssen ausgebaut und stärker öffentlich finanziert werden.

● Das Jobcenter muss Hilfe in dringenden Fällen leisten, die telefonische Erreichbarkeit der zuständigen Mitarbeiter*innen muss gewährleistet sein.

● Beratungsstellen für Menschen im Bezug von Bürgergeld und Grundsicherung sollen ebenso wie lokale Selbsthilfegruppen finanziell unterstützt werden.

● Die finanziellen Mittel für Streetworker*innen und aufsuchende Sozialarbeit müssen deutlich erhöht werden.

Kinderfreundliche Politik durchsetzen.

Die Linke setzt sich in Karlsruhe für eine familienfreundliche Politik ein. Dabei ist Familie für uns dort, wo Menschen füreinander soziale Verantwortung übernehmen – unabhängig von Trauschein und sexueller Orientierung. Gerade Familien, die kein oder nur ein geringes Einkommen haben, wollen wir bei einer aktiven Teilhabe am gesellschaftlichen Leben unterstützen. Jede Familie muss die Möglichkeit haben, mit ihren Kindern den Zoo zu besuchen, ins Kino zu gehen oder einen Ausflug zu machen. Nur so können Kinder, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, gleichberechtigt mit anderen Kindern aufwachsen.

Als Linke setzen wir uns für Familien und soziale Gerechtigkeit ein:

● Sowohl die Kinderbetreuung als auch die frühkindliche Bildung müssen verbessert werden. Dazu zählen der Ausbau der Krippen, Kitas und Ganztagesschulen, sowie die Verbesserung des Betreuungsschlüssels durch mehr Personal (siehe Kapitel Bildung).

● Das Angebot der Stadt von kostenlosen und ganztägigen Freizeit- und Ferienaktivitäten für Kinder muss ausgeweitet werden, damit Eltern die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Erholung erleichtert wird.

● Es müssen mehr beitragsfreie Mitmachangebote in Kultur, Bildung, Sport und Freizeit für Kinder, die unter den schwierigen Lebensbedingungen einer Familie oder eines alleinerziehenden Elternteils in der Grundsicherung aufwachsen, eingerichtet werden.

● Öffentlich geförderte Familienberatungsstellen, die Hilfe in Erziehungsfragen, Familienplanung anbieten, müssen ausgebaut werden, dazu gehören auch psychologische Dienste und Beratung in finanziellen Fragen.

● Zur Sicherung der Kontinuität und des steigenden Bedarfs an der Kinder- und Jugendarbeit muss der städtische Jugendhilfeetats jährlich gesteigert werden. Dabei muss deutlich mehr qualifiziertes Personal in den Jugendhilfeeinrichtungen eingestellt werden.

● Die Beratungs- und Hilfeleistungen des Allgemeinen Sozialdienstes müssen an den steigenden Bedarf und die höhere Komplexität der Fälle angepasst werden.

● Bedarfsgerechte Angebote von Hilfen zur Erziehung mit Fokus auf die individuellen Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen und zur Unterstützung der Eltern müssen eingerichtet werden.

● Die gleichberechtigte Teilhabe von geflüchteten Kindern und Jugendlichen an den Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe muss unabhängig vom Herkunftsland und kulturellem Hintergrund gewährleistet werden.

● Spezifische integrative Projekte, die für herkunftsspezifische Unterschiede, Fluchterfahrungen und Traumatisierung sensibilisiert sind und Sprachbarrieren abbauen helfen, müssen gestärkt werden.

● Die Familienberatung muss auf die besonderen Lebenslagen von Alleinerziehenden, Patchwork- und Regenbogenfamilien zugeschnitten werden.

Gutes und würdevolles Leben im Alter,

Mit der älter werdenden Gesellschaft wächst auch die Altersarmut in Deutschland massiv und rasant – in Folge der unsäglichen Agenda-2010-Politik von Bundeskanzler Schröder, einer früheren Bundesregierung von SPD und Grüne. Obwohl die meisten Menschen ihr Leben lang hart gearbeitet haben, schützen die bisherige Mindestrente und auch die sog. Grundsicherung nicht vor dieser Altersarmut. Deshalb sind die Kommunen, eine Stadt wie Karlsruhe, in der Pflicht, ein würdevolles Leben im Alter zu ermöglichen.

Wir als LINKE wollen daher:

Senior*innen, die von Altersarmut betroffen sind, besonders unterstützen. Hierzu sollen die Leistungen des Karlsruher 60 Plus Passes sowie der Kreis der Anspruchsberechtigten erweitert und ein kostenloser Eintritt in Einrichtungen der öffentlichen Hand wie Museen, Zoo usw. ermöglicht werden.

● ein Tarifsystem im ÖPNV, das für Senior*innen bezahlbar ist. Die Seniorenkarte des KVV muss für Menschen in der Grundsicherung beitragsfrei gestellt werden.

● ein attraktives Freizeitprogramm für Senior*innen in allen Stadtteilen, um eine aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bis ins hohe Alter zu ermöglichen.

● eine stadtteilnahe Versorgung. Dazu gehören die Geschäfte für den täglichen Bedarf. Die Ansiedelung dieser Geschäfte muss bei jeder Bauplanung und in der Quartiersentwicklung mit geplant und gefördert werden.

● die Pflege von alten Menschen nicht allein privaten, profitorientierten Unternehmen überlassen. Die Stadt muss alternative Pflegemodelle, z.B. genossenschaftliche Pflegedienste, aktiv unterstützen.

● stadtteilbezogene Angebote mit Hilfen zum selbstbestimmten und zur eigenständigen Bewältigung des Alltags z.B. über Senior*innentreffs und kommunale Pflegestützpunkte weiter fördern.

● Begegnungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum besonders im Rahmen der sozialen Quartiersentwicklung, die generationenübergreifend ansprechend sind, schaffen.

● wesentlich mehr altengerechten Wohnraum und den Umbau bestehender in barrierefreie Wohnungen.

● Mehrgenerationenwohnprojekte auch im Bereich des sozialen Wohnungsbaus fördern.

● Senior*innenbeiräte einrichten, die bei allen Belangen, die Senior*innen betreffen, gehört und beteiligt werden müssen.

„Nichts über uns ohne uns“ – selbstbestimmte Behindertenpolitik.

Inklusion eröffnet allen Menschen die Möglichkeit, aktiv das politische, soziale und kulturelle Leben selbstbestimmt zu gestalten. Es bestehen nach wie vor - neben der oft fehlenden baulichen Barrierefreiheit - viele soziale und kommunikative Barrieren sowie Strukturen der Fremdbestimmung, die Menschen mit Behinderungen ausschließen. Unser Ziel ist es, diese Barrieren abzubauen. Dabei ist es wichtig, dass Menschen mit Behinderung zentraler Teil dieser Prozesse sind: Denn sie wissen am besten über sich und die Barrieren, die ihnen im Alltag begegnen Bescheid. Gerade deswegen wollen wir Menschen mit Behinderungen und ihre Verbände in die Ausschüsse der Stadt berufen, um die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zu gestalten.

Als Linke stehen wir für:

ein selbstbestimmtes Leben für jeden Menschen.

● Sportvereine, Freizeitgruppen und Kultureinrichtungen müssen für alle Menschen gleichermaßen zugänglich sein. Dafür müssen diese strukturell und finanziell unterstützt werden. Auch selbstbestimmte Zusammenschlüsse von Menschen mit Behinderung sollen kommunal stärker gefördert werden.

● Inklusive Freizeit- und Beratungsangebote müssen erhalten und ausgebaut werden.

● Der Fahrtdienst für Menschen mit Behinderung muss kostenfrei werden, um eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

ein barrierefreies Karlsruhe.

● Die Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, in Museen, im Zoo oder in der Innenstadt muss ausgebaut werden. Dazu zählen neben Rollstuhlrampen, Fahrstühlen, geeignetem Kopfsteinpflaster oder Türen auch Blindenleitsysteme, eindeutige Beschilderung und Informationen in sogenannter Leichter Sprache.

● Städtische und von der Stadt finanziell unterstützte Veranstaltungen müssen immer barrierefrei sein.

● Der Zugang zu Bus und Bahn muss barrierefrei sein. Die U-Bahn ist darauf noch einmal neu zu überprüfen.

● Die Barrierefreiheit in der Kommunikation muss ausgebaut werden, indem u.a. die Angebote von städtischen Behörden in Blinden- und Leichter Sprache erweitert werden. Initiativen, die dieses Ziel z.B. im Kulturbereich verfolgen, müssen finanziell gefördert werden.

● Die digitale Barrierefreiheit in städtischen Behörden muss gewährleistet sein.

● Das Angebot von barrierefreiem Wohnraum zu bezahlbaren Mieten muss durch die Wohnungswirtschaft verpflichtend erhöht werden.

ein inklusives Schulsystem.

● Wir lehnen jegliche Segregation ab und setzen uns ein für die Abschaffung sogenannter „Schonraumfallen“ wie Förderschulen.

● Die Schulen müssen gemäß der UN-Konvention für inklusive Bildung geöffnet werden. In Karlsruhe wollen wir deswegen inklusive Gemeinschaftsschulen. Das dafür notwendige, geschulte Personal ist in der Planung mit zu berücksichtigen.

● Der Ausbau der gemeinsamen Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderung muss gefördert werden.

eine inklusive Arbeitswelt.

● Das System von Werkstätten für Menschen mit Behinderung als auf Profitmaximierung ausgelegte Unternehmen lehnen wir ab.

● Es gibt Menschen, die sich in den Werkstätten für behinderte Menschen wohler fühlen als auf dem freien Arbeitsmarkt – und das ist ihr gutes Recht. Wir fordern eine Entlohnung - geringstenfalls auf Mindestlohnniveau - und qualitativ verbesserte Rahmenbedingungen in Werkstätten für Menschen mit Behinderung.

● Die Arbeitnehmer*innenrechte in den Werkstätten müssen eingehalten und gestärkt werden. Das ursprüngliche Ziel der Werkstätten, Menschen mit Behinderungen die Teilhabe am Arbeitsleben zu ermöglichen und sie individuell zu qualifizieren, muss hier wieder in den Vordergrund rücken.

● Diese Mindest-Standards müssen regelmäßig überprüft werden.

● Die Möglichkeit sich als Arbeitgeber*innen über eine sogenannte Ausgleichsabgabe von der Beschäftigung von Menschen mit Behinderung freikaufen zu können, ist ein Widerspruch zur UN-Behindertenrechtskonvention und muss abgeschafft werden. Wir setzen uns auf kommunaler Ebene gegen diese Praxis, sich von Inklusion monetär zu entziehen, ein: Bei öffentlicher Auftragsvergabe muss eine Beschäftigungsquote von Menschen mit Schwerbehinderung nachgewiesen werden.

● In der Stadtverwaltung und den Eigenbetrieben müssen mehr Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen geschaffen werden. Das Erreichen der gesetzlich vorgeschriebenen Quote reicht nicht aus.

II. Gute Arbeit fördern, soziales Wirtschaften durchsetzen

Karlsruhe mit Vorbildfunktion für gute Arbeit

Die Stadt Karlsruhe ist die größte Arbeitgeberin der Stadt. Dazu gehören rund siebentausend Beschäftigte in der Verwaltung und mehr als zehntausend Beschäftigte in den Eigenbetrieben, Beteiligungsunternehmen. Stiftungen und Zweckverbänden.

Als Auftraggeberin im regionalen Wirtschaftskreislauf hat die Stadt enormen Einfluss und eine wichtige Funktion zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen sowie bei der Gestaltung von Löhnen. Sie muss daher einen größeren Beitrag leisten, um Erwerbslosigkeit, prekäre Beschäftigung und Niedriglöhne zurückzudrängen. Die Stadt, ihre Eigenbetriebe und Beteiligungen haben die allgemein geltenden Tarifverträge strikt einzuhalten. Überall dort, wo keine Tarifbindung besteht, muss diese hergestellt werden. Leiharbeit, befristete Beschäftigungsverhältnisse sowie geringfügige Beschäftigungen lehnen wir ab. Fremdvergaben sind auf ein sachlich begründetes Mindestmaß zu beschränken. Ausgliederung von öffentlichen Aufgaben lehnen wir ab. Der öffentliche Beschäftigungssektor muss wieder stärker ausgebaut werden.

Unsere Kernpunkte:

- 4 Tage Woche in der Stadtverwaltung
- Zukunftsfähige, tariflich abgesicherte Arbeits- und Ausbildungsplätze für alle Beschäftigten
- Kopplung der niedrigsten und höchsten Gehälter

Als LINKE wollen wir erreichen, dass die Stadt Karlsruhe zur Vorzeigearbeitgeberin für „Gute Arbeit“ wird. Deshalb setzen wir uns ein:

● Für existenzsichernde, sozialversicherungspflichtige und tariflich abgesicherte Arbeitsplätze für alle Beschäftigten. Die städtischen Unternehmen werden verpflichtet, den TVöD anzuwenden und keine billigeren Branchentarifverträge.

● Keine Eingruppierung in die Gehaltsgruppe E1 des TVöD. Sogenannte einfache Tätigkeiten werden gleich in Tarifgruppe E2 eingruppiert. In Karlsruhe sind 15 € Stundenlohn das existenzielle Minimum.

● Für die Entwicklung neuer Arbeitszeitmodelle einschließlich der Verkürzung der Arbeitszeit. Wir wollen Einführung der 30-Stunden-Woche und/oder der 4-Tage-Woche für die Stadtverwaltung und städtische Einrichtungen mit Lohnausgleich und in Zusammenarbeit mit den Personal- und Betriebsräten.

Für gute Arbeitsbedingungen, Ausbildung und die Abschaffung von Leiharbeit.

● Für mehr und nicht weniger städtische Dienstleistung. Wir fordern die Aufhebung aller Besetzungssperren und keinen weiteren Stellenabbau, damit die Arbeitsbedingungen für alle verbessert werden können. Wir fördern eine vorausschauende Personalplanung und Personalentwicklung.

● Für die Rekommunalisierung ausgelagerter Arbeitsplätze, z.B. der Reinigungsdienste oder der Beschäftigten in städtischen Kantinen und Küchen. Die Erhöhung einer verbindlichen Quote städtisch Beschäftigter im Reinigungssektor konnten wir im Gemeinderat bereits durchsetzen.

● Für die Schaffung zukunftsfähiger Arbeits- und Ausbildungsplätze bei der Stadt, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Karlsruhe muss sich bei der Gleichstellung der Geschlechter engagieren und aktive Frauenförderung betreiben. Gleiches gilt für die kommunalen Unternehmen.
● Für die verstärkte Berücksichtigung der Schulabgänger*innen mit Hauptschulabschluss und von Förderschulen bei der Ausbildung in der Karlsruher Stadtverwaltung und den Beteiligungsunternehmen gegenüber Abgänger*innen mit Realschulabschluss oder Abitur.

● Für die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen bei der Stadt und öffentlichen Betrieben über den eigenen Bedarf hinaus - besonders für Jugendliche, die auf dem ersten Arbeitsmarkt nur schwer einen Ausbildungsplatz finden. Die Ausbildung soll auch in Teilzeit z.B. für junge Mütter oder mit entsprechender zeitlicher Verlängerung für lernschwächere Jugendliche abgeschlossen werden können. Für junge Geflüchtete sollen zusätzliche Ausbildungsstellen geschaffen werden.

● Für die Einführung eines anonymisierten Bewerbungsverfahrens. So kann Diskriminierung vermieden und Chancengleichheit für alle Bewerber*innen gewährleistet werden.

● Für den systematischen Ausbau und Weiterentwicklung von Inklusion in der städtischen Verwaltung und Betrieben in Zusammenarbeit mit den Personal- und Betriebsräten.

● Für die vorrangige Berücksichtigung regionaler Unternehmen bei Auftragsvergaben der Stadt, wenn diese soziale und ökologische Mindeststandards vorbildlich umsetzen.

● Für die Abschaffung prekärer Arbeitsverhältnisse von Selbstständigen, die im Auftrag der Stadt, z.B. bei der Volkshochschule, tätig sind. Vertragsbedingungen und Bezahlung müssen in Zusammenarbeit mit ver.di dringend verbessert werden.

● Für eine dauerhafte Auftragsperspektive für freie Träger für Erwachsenenbildung und Beschäftigungsförderung durch eine stärkere und längerfristige finanzielle Förderung. Deren Beschäftigte müssen sozialversichert und tariflich abgesichert sein.

● Für die stärker Wahrnehmung der Verantwortung der Stadt als Trägerin des Jobcenters. Wir setzen uns für mehr Transparenz und einen öffentlichen Rechenschaftsbericht ein. In der Trägerversammlung soll die Stadt künftig durch Stadträt*innen vertreten werden.

● Für die Weiterentwicklung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors für zusätzliche Tätigkeiten (ÖBS), in dem im Rahmen von sozialversicherter Beschäftigung gesellschaftlich sinnvolle, gemeinnützige Arbeit im Sozial-, Bildungs- und Umweltbereich angeboten wird. Für regelmäßige Vollzeit- oder auch Teilzeittätigkeit muss mindestens der gesetzliche Mindestlohn gezahlt werden.

● Für die Entwicklung einer Fortbildungsoffensive gemeinsam mit Unternehmen und Gewerkschaften mit dem Ziel, Beschäftigte weiter zu schulen und zu qualifizieren.

● Die Stadt Karlsruhe soll in Arbeitnehmer*innen-Gremien die Forderungen der Beschäftigten unterstützt.

● Für die Begrenzung der Manager*innengehälter und Boni in städtischen Gesellschaften. Wir fordern eine Kopplung der niedrigsten und höchsten Gehälter. Hier werden wir einen Gehaltsabstand definieren und diesen als Grundlage für die Gehaltseinstufungen zum Maßstab machen. So werden beispielsweise bei Erhöhung von Manager*innengehältern in anderen, weit weniger gut entlohnten Bereichen die Gehälter proportional angeglichen.

Öffentliche Daseinsvorsorge stärken.

Kosten und Verfügbarkeit öffentlicher Dienstleistungen wollen wir so verändern, dass sie allen Menschen unabhängig von ihrem Einkommen zugänglich sind. Dazu gehören Ener-

gie- und Wasserversorgung, Abfall- und Abwasserentsorgung, öffentlicher Verkehr, Wohnungswirtschaft, Erziehung, Bildung, Kultur, Sport und Erholung, Gesundheit und Telekommunikation – in diesen Bereichen sollen sich Kommunen auf jeden Fall wirtschaftlich betätigen. Die Versorgungssicherheit hat dabei Vorrang vor Gewinn- und Wettbewerbsüberlegungen. Wir wollen diese Bereiche dauerhaft der Markt- und Profitlogik entziehen und stattdessen das Gemeinwohlinteresse in den Mittelpunkt stellen.

Das Ladensterben in vielen Stadtteilen wollen wir beenden. Die Versorgung mit Produkten des täglichen Bedarfs muss überall sichergestellt sein. Wir wollen im Rahmen der „sozialen Quartiersentwicklung“ auch alternative Konzepte mit den Bürger*innen diskutieren, wie z.B. über von Bürger*innen geführte, genossenschaftliche Läden.

Die Linke will ein anderes kommunales Wirtschaften durchsetzen.

Unsere Ideen für Karlsruhe:

● Privatisierungen jeglicher Art lehnen wir ab. Dazu gehören auch die Auslagerungen von Geschäftsbereichen und Behörden in städtische Gesellschaften. Dies verhindert demokratische Kontrolle und ordnet die Gemeinwohlinteressen einem Profitstreben unter. Stattdessen wollen wir die oben genannten Bereiche rekommunalisieren und so wieder unter die Kontrolle des Gemeinderats und der Bürgerschaft stellen.

● Die Preisgestaltung der öffentlichen Unternehmen muss sozialverträglich und ohne Profitmaximierungsabsicht gestaltet werden. Eine den Kund*innen aufgebürdete zusätzliche Belastung zur Sanierung des städtischen Haushaltes lehnen wir ab.

● Die Strukturen öffentlicher Unternehmen müssen transparenter und demokratischer gestaltet werden, z.B. durch die Einführung von Bürger*innenbeiräten, die auch Vertreter*innen in den Aufsichtsräten stellen.

● Die Vergabe öffentlicher Aufträge ist an soziale und ökologische Mindeststandards zu knüpfen. Tarifliche Standards müssen eingehalten, durchgesetzt und sowohl intern als auch extern kontrolliert werden. Eine Selbstverpflichtungserklärung zum „Mindestlohn- und Tariftreuegesetz“ reicht nicht aus.

● Die Stadt darf Aufträge nur an Firmen vergeben, die ihre Leistungen selbst erbringen und nicht über Subunternehmen oder mit Leiharbeit ihre Verträge erfüllen. Dazu arbeiten wir mit Betriebs- und Personalräten sowie den Gewerkschaften eng zusammen.

● Wir wollen ressourcenschonende öffentliche Unternehmen, die ihren Rohstoff- und Energieverbrauch ständig minimieren und verstärkt nachwachsende Rohstoffe und erneuerbaren Energien zum Einsatz bringen.

● Die städtischen Unternehmen müssen als Innovationsträger im sozialen, technischen und wirtschaftlichen Bereich wirken.

● Die Sparkasse Karlsruhe darf Kreditverträge, ihre Kundendaten und -beziehungen nicht an andere Kreditinstitute bzw. Finanzdienstleister weitergeben und verkaufen.

● Die Kooperationen mit öffentlichen Unternehmen der Region sollen auch über die Landesgrenze hinaus ausgebaut werden.

Eine soziale, ökologische und demokratische Wirtschaft fördern.

Wir als Linke wollen den Wirtschaftsstandort Karlsruhe stärken. Dabei verfolgen wir aber einen anderen Ansatz als andere Parteien: Für uns ist die wichtigste Aufgabe einer städtischen Wirtschaftspolitik, dass sie die Lebensbedingungen der Karlsruher Bürger*innen verbessert und nicht die Profite einzelner Unternehmen maximiert. Wir wollen eine Wirtschaftsförderung betreiben, die an sozialen und ökologischen Kriterien ausgerichtet ist,

damit auch die Karlsruher Bürger*innen davon profitieren.

Wir treten ein für:

● Arbeitszeitverkürzung, Mitbestimmungsrechte, bessere Aus- und Weiterbildung und Fortschritte bei der Geschlechtergerechtigkeit. Wir fordern, dass die Stadt Karlsruhe eine Studie zur Zukunft der Arbeit in Karlsruhe in Auftrag gibt.

● die Vergabe von öffentlichen Aufträgen ausschließlich an Unternehmen, die soziale und ökologische Kriterien erfüllen. Wir wollen im Gemeinderat verbindliche Standards festlegen, bisherige Richtlinien schärfen und in der Vergabeentscheidung neu gewichten. Wir möchten den rechtlichen Spielraum nutzen und sozial-ökologische Zuschlagskriterien mit bis zu zwei Dritteln in die Bewertung der Angebote einfließen lassen. Gleichzeitig sollen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um den regionalen Wirtschaftskreislauf zu fördern und Aufträge der Stadt an in der Region ansässige Unternehmen zu erteilen.

● eine kommunale Nahverkehrsabgabe. Die Erhöhung der Gewerbesteuer wurde mit unseren Stimmen 2022 beschlossen. Damit soll die städtische Infrastruktur gestärkt werden, als eine Grundlage für den Erfolg kleiner und mittelständischer Unternehmen.

● eine Abkehr vom Konsumzwang. Deshalb fordern wir eine bessere finanzielle Förderung von Initiativen, die Sharing-Angebote oder Reparaturwerkstätten in den Stadtteilen anbieten. Bei jeder wirtschaftlichen Förderung muss Nachhaltigkeit im Vordergrund stehen.

● Gemeinwohlbilanzen nach dem Modell der Gemeinwohl-Ökonomie in städtischen Betrieben. Dass muss zum Standard werden. Bei Ausschreibungen von städtischen Aufträgen soll das ein Kriterium zur Auftragsvergabe werden. Wir wollen mit den Gewerkschaften, gemeinwohl-bilanzierten Unternehmen, Genossenschaften und anderen sozialen Betrieben in einen Dialog über alternative Ansätze der Wirtschaftsförderung eintreten.

● einen Kriterienkatalog und klare Regelungen für neue Unternehmensansiedlungen. So sollen Unternehmen, die nachweislich dem Allgemeinwohl schaden, z.B. durch Steuerhinterziehung, Ausbeutung ihrer Mitarbeiter*innen, Beteiligung an Klimazerstörung oder Menschenrechtsverletzungen, in Karlsruhe keinen Platz finden.

● die Einschränkung der Ansiedlung großer Filialketten und Einkaufszentren. Diese sind eine der Ursachen, dass viele kleinere Unternehmen am „freien Markt“ nicht mehr überleben können. Wir lehnen weitere solcher Ansiedlungen ab. Die mittel- und langfristigen Auswirkungen auf die lokale Wirtschaft und ihre Entwicklung müssen untersucht werden.

● Strategien gegen den Verdrängungswettbewerb gegenüber dem lokalen Einzelhandel. Gemeinsam mit den Einzelhändler*innen wollen wir Maßnahmen dagegen entwickeln.

● die Erarbeitung von Gegenmaßnahmen zum konzerngesteuerten Onlinehandel. Dieser bedroht den örtlichen Einzelhandel, führt zu Jobverlust und zu Versorgungsproblemen. Dies führt mittelfristig zu sinkenden Gewerbesteuereinnahmen.

● die Einhaltung der Ladenöffnungszeiten, zusätzliche Nachtarbeit sowie vermeidbare Sonntagsarbeit durch zusätzliche verkaufsoffene Sonntage lehnen wir ab.

● die stärkere Förderung von Existenzgründungen in Zusammenarbeit mit IHK und HWK. Dafür sollen Beratungsstellen zur fachlichen und betriebswirtschaftliche Qualifikation sowie zur Herstellung von Kontakten und der nötigen Infrastruktur ausgebaut werden.

● die Einführung eines Lotsenprinzip, bei dem jeweils ein*e Ansprechpartner*in der Verwaltung für alle Anliegen eines Unternehmens zuständig ist. Dazu muss die Ausstattung der städtischen Behörden verbessert werden, um Förderanträge und Anfragen schneller bearbeiten zu können.

● die Einrichtung eines Digitalisierungs- und Innovationsfonds im Bereich der Wirtschaftsförderung, speziell zur Unterstützung kleinerer Unternehmen bei der Digitalisierung und Einführung von Zukunftstechnologien.

● die Entwicklung einer Fortbildungsoffensive gemeinsam mit Unternehmen und Gewerkschaften, zur Schulung und Qualifizierung der Mitarbeiter*innen.

● kostengünstige Gewerbeflächen für kleine Unternehmen. Hierfür muss die Stadt aktiv Immobilien zurückkaufen. Eine aktive Wirtschaftspolitik muss bspw. in der östlichen Kaiserstraße und im Bereich Kronenplatz im Umfeld des KITs stattfinden..

● sichere Arbeitsplätze und tariflich und sozialversicherte Beschäftigung. Die finanzielle Förderung für neu anzusiedelnde Unternehmen wird von sozialen und ökologischen Faktoren abhängig gemacht. Unternehmen, die prekäre Jobs anbieten oder organisierte Interessenvertretung und Betriebsräte verhindern, erhalten keine Förderung. Wir wollen dies in politischen Leitlinien der Stadt festschreiben.

● eine ergebnisorientierte Steuerung der Kreditvergabe und Bereitstellung von Kapital an den einheimischen Mittelstand in der Geschäftspraxis der Sparkasse, bzw. durch Mitwirkung im Kreditausschuss.

● die Verhinderung von Existenznot bei Kleinunternehmen. Ihre Rechnungen für die Erfüllung öffentlicher Aufträge sind durch die Verwaltung unverzüglich zu begleichen.

● die Unterstützung nichtkommerzieller Alternativen zu AirBnB und anderen Plattform-Unternehmen.

Karlsruhe muss in die Zukunft investieren.

Die Kommunalhaushalte in Deutschland sind chronisch unterfinanziert: Während die Kommunen immer mehr Aufgaben übernehmen müssen, ziehen sich Bund und Länder aus der Verantwortung und der Finanzierung zurück. Dies ist das Resultat des Wirkens von CDU, SPD, Grünen und FDP in den vergangenen Jahren in den Bundes- und Landesregierungen. Gleichzeitig nimmt die Schuldenbremse den Kommunen die Möglichkeit in ihre Zukunft zu investieren. Gekürzt wird bei der öffentlichen Daseinsversorge. Ohne Verbesserung der kommunalen Ausfinanzierung wird die Schuldenbremse zum Desaster für die Kommunen. Wir setzen uns für eine Vermögenssteuer ein, die vom Land auf die Kommunen verteilt wird.

Ein großer Teil der Karlsruher Haushaltsproblematik ist die Folge einer Reihe von Fehlentscheidungen des Gemeinderats und der Verwaltung. Dazu gehört die U-Bahn, mit ihrer Kostenexplosion auf über 1 Mrd. Euro. Dieses Prestigeprojekt haben wir als Linke von Anfang an kritisiert. Trotz aller Warnungen wurden die erwartbaren Kostenexplosionen ignoriert, insbesondere von den Parteien, die sich stets ihrer herausragenden Wirtschaftskompetenz rühmen. Wenn es jedoch um mehr Sozialwohnungen oder mehr Kitaplätze geht, fehlt es am politischen Willen genau dieser Parteien, dafür mehr Geld zu investieren.

Dabei könnten im Karlsruher Haushalt zusätzliche Einnahmen erzielt werden. Nach wie vor verfügt Karlsruhe immer wieder über Haushaltsüberschüsse, die für soziale Zwecke ausgegeben werden können.

Wir als Linke sind die einzige Partei, die die unsoziale Kürzungspolitik beenden will:

● Wir setzen auf sinnvolle Investitionen in die städtische Infrastruktur statt Prestigeobjekte ohne verhältnismäßigen Mehrwert.

● Positive Einnahmenentwicklungen der Stadt, die Investitionsspielräume im Haushalt ermöglichen, müssen konsequent für eine sozialere Stadtgestaltung genutzt werden.

● Die städtischen Leistungen dürfen nicht weiter gekürzt werden. Die Kürzungen verschärfen die sozialen Verwerfungen und sind unverantwortlich gegenüber der Stadtgesellschaft. Stattdessen müssen Kosteneinsparungen bei den sozialen Einrichtungen und freien Trägern der Wohlfahrtsverbände zurückgenommen werden.

● Der Gewerbesteuer-Hebesatz muss weiter angehoben werden. Diese Erhöhung ist aufgrund erhöhter Investitionen in die städtische Infrastruktur und damit einhergehender Kostenverpflichtungen nötig.

● Wir möchten eine Initiative auf Bundesebene zur Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindewirtschaftsteuer, um so mit einer Kommunalsteuer die Einnahmeseite der Kommunen zu verbessern. Dazu müssen die Bemessungsgrundlagen erweitert und freie Berufe, wie vom Deutschen Städte- und Gemeindebund gefordert, mit einbezogen werden.

● Die Vergnügungssteuer muss erhöht und ihre Berechnungsgrundlage geändert werden.

● Öffentlich-private Partnerschaften (public-private-partnerships) in Karlsruhe lehnen wir ab.

● Wir sprechen uns für die Einführung einer Bettensteuer für Karlsruher Hotels in Höhe von 5 Prozent des Übernachtungspreises aus. Dabei orientieren wir uns an Freiburg.

● Wir möchten weitere Erhöhungen der Parkpreise für städtische Parkplätze und Parkhäuser durchsetzen. Die Preise für Anwohnerparkausweise müssen sozial gestaffelt werden.

● Das Angebot des öffentlichen Nahverkehrs durch bessere Anbindungen und günstigere Preise muss gestärkt werden. Wir möchten eine Initiative der Stadt Karlsruhe zur Einführung einer kommunalen Nahverkehrsabgabe für Unternehmen durch die Landesregierung vorantreiben.

● Für nicht vermieteten Wohnraum soll eine kommunale Leerstandsabgabe eingeführt werden.

● Eine Erhöhung der Aufwandsentschädigung für die Gemeinderät*innen lehnen wir ab, insbesondere solange die Stadt weiterhin Kürzungen im Haushalt vornehmen will. Linke-Gemeinderät*innen werden zukünftige Erhöhungen an soziale Projekte spenden.

● Wir fordern eine Initiative der Stadt, dass es auf Bundes- und Landesebene zur stärkeren Besteuerung von Gewinnen, sowie von Vermögen und Erbschaften kommt, um damit die Kommunen finanziell besser auszustatten.

● Auf kommunaler Ebene möchten wir Druck auf die Bundes- und Landesregierung zur Abschaffung der Schuldenbremse ausüben, damit die drastische Unterfinanzierung der Kommunen gestoppt wird.

● Die Regionalpolitik muss umsteuern: Wir wollen die marktkonforme Kommunal- und Regionalpolitik beenden, die die Kommunen untereinander in Konkurrenz setzt.

● Zur Lösung der Wohn- und Verkehrsprobleme wollen wir eine Zusammenarbeit aller staatlichen Ebenen (Gemeinderäte, Kreistag, Land und Bund) erreichen, um in größeren Planungsverbünden definierte Standards der Daseinsvorsorge in allen Kommunen zu gewährleisten. Die wirtschaftlichen Investitionsströme wollen wir beeinflussen und ggf. umlenken. Für die sog. Boomregionen wollen wir in breiter gesellschaftlicher Debatte über eine Wachstumsbremse und eine andere Verteilung der zur Verfügung stehenden Ressourcen diskutieren.

● Letztlich muss die Entscheidungshoheit über den kommunalen Haushalt weiter in die Bürgerschaft verlagert werden. Die Linke setzt sich deswegen für die Schaffung eines Bürgerhaushaltes ein. Das bedeutet nicht weniger, als dass wir die Stadtgesellschaft Karlsruhes bei der Verteilung der Finanzmittel beteiligen möchten.

● Demokratie ist, wenn es etwas zu entscheiden gibt. Die Gestaltung des Haushaltes ist das Kernstück kommunaler Politik. Deshalb sollen die Bürger*innen darüber mit entscheiden, in welchen Bereichen Geld ausgegeben und investiert werden soll.

III. Bezahlbare Miete statt fetter Rendite

Gute, bezahlbare Wohnungen für Alle – das muss aus Sicht der Linken das Ziel kommunaler Wohnungspolitik sein. Die Realität sieht anders aus: Nicht selten bezahlen Mieter*innen über 40 % bis hin zur Hälfte ihres Einkommens allein für ein Dach über dem Kopf. Die Mieten sind in Baden-Württemberg zwischen 2015 und 2019 um über 22 % gestiegen, Die Anzahl der Sozialwohnungen hingegen sinkt stetig.

Die Linke will den jahrelangen Stillstand in der Karlsruher Wohnungspolitik beenden.

Erste Erfolge konnten in den zurückliegenden Jahren durch die Arbeit unserer Gemeinderatsfraktion auf den Weg gebracht werden: Für die Südstadt wurde eine „Soziale Erhaltungssatzung“ beschlossen, mit der Luxussanierungen oder die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen verhindert werden können. Eine Verdrängung ärmerer Menschen aus diesem Stadtteil wird somit erschwert.

Bei Neubauprojekten wie in der Nordstadt und in den nächsten Jahren in Neureut wollen wir neben einer hohen Sozialwohnungsquote auch eine vorrangige Vergabe von Flächen an gemeinwohlorientierte Bauträger, wie Genossenschaften und Wohnprojekten.

Dass die städtische Volkswohnung beschlossen hat, in Neubauprojekten künftig 70 % Sozialwohnungen zu bauen, begrüßen wir. Doch das reicht bei weitem nicht. Laut städtischen Angaben fehlen bis 2035 14.000 bis 20.000 Wohnungen in Karlsruhe, aber auch die dafür notwendigen Flächen. Vor allem öffentliche Flächen, auf denen die Stadt bestimmen kann, welche Art von Wohnungen gebaut werden, sind kaum noch vorhanden. Die bebaubaren Flächen in Karlsruhe wurden in der Regel an meistbietende Investoren verkauft. Die Stadt tut zu wenig, um für diese Flächen den Bau von bezahlbaren Wohnungen zur Auflage zu machen.

Ein Kurswechsel in der Wohnungspolitik ist dringend nötig, denn Wohnen ist ein Menschenrecht und darf kein Luxus sein.

Eine soziale Wohnungspolitik muss gemeinwohlorientiert sein, wie es Genossenschaften und Wohnprojekte praktizieren. Nur so haben Die Bewohner*innen die Sicherheit, dass sie nicht aus Profitinteressen aus der Wohnung gekündigt werden.

Wohnraum und Mieten dürfen nicht dem „freien Markt“ zu Renditezwecken überlassen werden. Wir wollen eine lebenswerte Stadt, in der alle die Möglichkeit haben zu wohnen und am sozialen und kulturellen Leben teilzuhaben. Das können wir nur erreichen, wenn die Spekulation und weitere Privatisierung von Grund und Boden verhindert wird.

Unsere Kernpunkte:

- Bezahlbaren Wohnraum schaffen, Leerstand beheben
- Grund und Boden in öffentliche Hand
- Sofortiger Mietenstopp – Mieterhöhungen aussetzen, Mietpreisbindung ausweiten

Wir als Linke fordern, dass die Politik auf allen Ebenen das Recht aller Menschen auf gute, bezahlbare Wohnungen garantiert. Daher treten wir ein für:

● das Schaffen von mindestens 1.500 bezahlbaren Wohnungen pro Jahr bis 2035.

● eine Sozialbindung von mindestens 50 % der Neubauwohnungen mit langjähriger Mietpreisbindung beim Neubau von Mietshäusern.

● eine Verlängerung der Mietpreisbindung der derzeitigen sozialen Bestandswohnungen, insbesondere die der städtischen Volkswohnung, damit nicht immer mehr bezahlbare Wohnungen wegfallen.

● die Ausweisung weiterer Stadtviertel als „Soziale Erhaltungsgebiete“. Die Werkzeuge einer Sozialen Erhaltungssatzung müssen konsequent angewandt werden.

● die Nutzung aller vorhandenen baurechtlichen Instrumentarien durch die Stadt, um mehr preiswerte Wohnungen zur Verfügung zu stellen.

● die Bevorzugung von gemeinwohlorientierten Non-Profit-Projekten, kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsgesellschaften sowie Projekten des Mietshäusersyndikats bei der Planung und Vergabe von bebaubaren Arealen. Dies trifft aktuell auf das Bebauungsgebiet am alten Flughafen in der Nordstadt zu.

● die gezielte Förderung von gemeinwohlorientierten Wohnbauprojekten durch die Vergabe von Grundstücken zu einem geringen bzw. 0 % Erbbauzins

● die Schaffung einer städtischen Projektstelle für sozial- und umweltverträgliches Wohnen, um Wohninitiativen zu beraten und zu unterstützen.

● die Ausweisung von kommunalen Flächen für die Entwicklung alternativer Wohnformen.

● einen Mietenstopp bei der Volkswohnung. Gewinne der Volkswohnung sollen in den sozialen Wohnungsbau fließen. Eine Gewinnausschüttung in den Stadthaushalt darf es nicht geben.

● die Koppelung der Vergabe von Fördermitteln in neuen Sanierungsgebieten mit der Auflage, dass die Mieten nicht erhöht werden dürfen. So wollen wir hier den möglichen Verdrängungseffekt durch Mieterhöhungen unterbinden und die soziale Struktur erhalten.

● ein Ende der Förderung von Luxussanierung aus öffentlichen Mitteln. Alle Maßnahmen der Kommunen bei Sanierungen müssen auf ihre Auswirkungen auf Menschen mit geringem Einkommen überprüft werden. Gentrifizierung-Prozesse müssen gestoppt werden.

● die Vergabe von Grund und Boden aus öffentlicher Hand ausschließlich in Erbpacht. Damit bleibt Karlsruhe weiterhin Eigentümerin der Flächen und schiebt der Bodenspekulation einen Riegel vor. Das wird die Kosten für das Bauen vergünstigen.

● die Stärkung Karlsruhes als Akteurin bei der Bewirtschaftung von Grund, Boden und Immobilien. Wir wollen die Rückholung von Grundstücken in kommunales Eigentum. Für den Zugriff auf die Grundstücke sind entsprechende Vorkaufsrechte in der kommunalen Satzung zu verankern. Karlsruhe muss aktiv Grund und Immobilien zurückkaufen und Vorkaufsrechte konsequent nutzen. Dafür soll der Haushalt aufgestockt werden.

● die Behebung des Leerstands von Wohnungen. Es darf nicht sein, dass mit Wohnraum spekuliert wird. Wir wollen in Karlsruhe ein Leerstandkataster einführen sowie die konsequente Anwendung des Zweckentfremdungsgesetzes. Auf Landesebene setzen wir uns für Enteignung bei Leerstand ein.

● eine Aufstockung des Personals bei der Stadt, um der Zweckentfremdung von Wohnungen oder anderer Verstöße wie z.B. gegen die Mietpreisbremse besser entgegen wirken

zu können. Karlsruhe braucht eine stärkere Kontrolle des privaten Wohnungsmarkts.

● eine Abschaffung des Mietspiegels in Karlsruhe in seiner jetzigen Form. Dieser ist in Wirklichkeit als „Mietsteigerungsspiegel“ angelegt.

● einen Ausbau der Programme zur Verhinderung von Obdachlosigkeit. Wohnen ist ein Menschenrecht. Kein Mensch darf wegen finanzieller Schwierigkeiten obdachlos werden. „Housing First“ ist notwendig.

● verstärkte Maßnahmen zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit. Das herkömmliche System der Notunterkünfte und temporärer Unterbringung muss langfristig durch dauerhafte Lösungen ersetzt werden. Diese Unterkünfte sollen umgebaut werden in Wohnungen, die auch zur Familienunterbringung geeignet sind. Gegenstrategien zur Obdachlosigkeit wie „Housing First“-Programme mit sozialpädagogischer Begleitung sollen entwickelt werden. Bei Neubauten ist ein Belegungskontingent für Wohnungslose zu berücksichtigen.

● dass Projekte wie „Bürger*innen ohne Wohnung“ von Sozpedal e.V. stärker gefördert werden. Daneben muss die Stadt die Projektträger*innen in die Planung oben genannter Maßnahmen miteinbeziehen.

● die Bereitstellung von Wohnungen für alle Gruppen auf dem Wohnungsmarkt, die durch finanzielle und andere Gründe benachteiligt sind, bspw. Geflüchtete, Frauen (mit Kindern), die temporär in einem Frauenhaus untergekommen sind.

● den Aufbau einer kommunalen Wohnraum-Tauschbörse mit Mietgarantie. So kann verhindert werden, dass z.B. alleinlebende Senior*innen in viel zu großen Wohnungen bleiben, weil sie sich die Neuanmietung einer kleineren, passenderen oder barrierefreien Wohnung nach dem explosiven Anstieg der Mieten nicht mehr leisten können. Im Gegenzug wird Wohnraum frei, der wiederum von Familien händeringend gesucht wird.

● sämtliche Neubauten müssen behindertengerecht geplant und umgesetzt werden.

● barrierefreier Wohnraum muss vorrangig an behinderte Menschen vergeben werden. Hier fordern wir eine Selbstverpflichtung der Vermietenden.

● die verpflichtende, finanzielle Beteiligung privater Investoren an der kommunalen Infrastruktur.

● eine soziale Quartiersentwicklung. Die Karlsruher Stadtteile müssen durch gezielte Ansiedlung von Unternehmen des täglichen Bedarfs, ärztlicher Grundversorgung, Kinderbetreuung und Kulturangeboten belebt und aufgewertet werden.

IV. Klima retten, Umwelt schützen – sozial und ökologisch

Energiewende konsequent umsetzen.

Die Klimakrise hat inzwischen dramatische Formen angenommen. Während die anderen Parteien weiterhin tatenlos zusehen und weitermachen wie bisher, sagen wir der Klimakrise den Kampf von unten an – und zwar sozial gerecht!

Die Linke sieht sich dem „1,5-Grad-Ziel“ des UN-Klimaabkommens verpflichtet und will daher möglichst rasch alle Lebensbereiche klimaneutral gestalten. Umwelt-, Klima- und Naturschutz müssen gestärkt sowie der Erhalt der biologischen Vielfalt gewährleistet werden. Wenn die Regierungskoalitionen auf Bundes- und Landesebene dabei versagen, müssen wir in den Kommunen, in den Städten und Gemeinden, die Energiewende direkt vor Ort aktiv vorantreiben. Dazu gehört aktiver Klima-, Umwelt- und Naturschutz in der Kommune, der sozial-ökologische Umbau der regionalen Wirtschaft und die Umstellung der Energieerzeugung - ohne Atomstrom und Kohleenergie. Gleichzeitig müssen wir den

Bürger*innen helfen, die die steigenden Energiepreise nicht mehr bezahlen können. Die Energiewende muss ökologisch und sozial gestaltet werden. Die Stadt Karlsruhe muss hier eine Vorbildfunktion übernehmen.

Unsere Kernpunkte:

- Karlsruhe klimaneutral bis 2030
- Menschen schützen – Klimaresilienz stärken
- Kohlekraftwerke abschalten

Die Linke wird dafür streiten, dass

● Karlsruhe das Klimaschutzkonzept konsequent umsetzt.

● Karlsruhe CO-2-neutral wirtschaftet. Wir wollen das Klimaschutzkonzept der Stadt konsequent weiterentwickeln und die CO-2-Reduzierung in den nächsten fünf Jahren weiter vorantreiben. Karlsruhe muss im Kampf gegen den Klimawandel deutlich mehr tun. Wir halten an dem Ziel fest, die Klimaneutralität 2030 zu erreichen.

● die Stadt selbst als Vorbild agiert und nur noch Strom aus erneuerbaren Energien bezieht. Wir wollen dieses Ziel bis 2030 erreichen.

● die Stadtwerke sich nicht mehr an der Erzeugung fossiler Energie beteiligen. Stattdessen müssen die Investitionen in erneuerbare Energien erhöht werden. Wir fordern die Unterstützung von Bürgerenergiegenossenschaften zur Erzeugung von erneuerbarer Energie, z.B. durch Installation von Solaranlagen auf städtischen Dächern.

● das Fernwärmenetz ausgebaut wird, neue Nahwärmekonzepte entwickelt und umgesetzt werden.

● die Fernwärme decarbonisiert wird. Die Nutzung industrieller Abwärme wie z.B. von der MIRO ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch sinnvoll, stellt aber keine nachhaltige Lösung dar. Diese Wärmequellen müssen durch Geothermie und andere, weitgehend klimaneutrale Wärmequellen ersetzt werden. (Dazu zählen z.B. die Nutzung von Bioabfällen, Klärschlamm und die Gewinnung von Wärme aus Abwässern oder Flüssen.)

● die Kühlwasserentnahme und -rückleitung durch das Rheinhafen-Dampfkraftwerk RDK7 umgehend untersagt und die EnBW verpflichtet wird, einen eigenen Kühlkreislauf im Kraftwerk zu installieren. Das RDK7 muss als klimaschädlichstes Kohlekraftwerk Karlsruhes zeitnah abgeschaltet werden. Unsere Forderung wurde vom Gemeinderat mehrheitlich unterstützt. Das Regierungspräsidium erteilte aber der EnBW eine weitere Betriebserlaubnis.

● Unternehmen zu energiesparendem Verhalten verpflichtet werden.

● Energiesparen belohnt wird. Dazu gehören sozial gestaffelte Tarife der Stadtwerke und Anreize für einen energiesparenden Lebensstil der Haushalte. Zusammen mit Umweltorganisationen wollen wir mit Unternehmen erarbeiten, wie massive Reduzierungen im eigenen Betrieb und im gewerblichen Bereich insgesamt erzielt werden können.

● die unverantwortliche und gefährliche Forschung an der 4. und 5. Generation von Atomkraftwerken am KIT Nord und am Joint Research Center (JRC) beendet wird.

● keine Castortransporte mit hochradioaktivem Atommüll durch Karlsruhe fahren dürfen.

Klimaresiliente Stadt.

Städte sind meist weit stärker von der Erderwärmung betroffen als ländliche Regionen, da sie Wärmeinseln bilden. Karlsruhe ist eine der heißesten Städte Deutschlands.

Auswirkungen des Klimawandels wie Trockenheit oder Starkregen werden auch bei uns zunehmen. Funktionierenden Strategien zur Klimaanpassung kommt deshalb eine immer

größere Bedeutung zu. Um Karlsruhe widerstandsfähig zu machen gegenüber den sich verändernden lokalklimatischen Bedingungen mit Hitzesommern und Überschwemmungsgefahr durch Starkregenfällen, wollen wir mit Expert*innen Klimaanpassungskonzepte erarbeiten.

Hierbei ist uns besondere das Wohl und der Schutz der Bürger*innen ein wichtiges Anliegen, die in der Stadt leben und mit den klimatischen Nachteilen enger Bebauung und versiegelter Flächen zurechtkommen müssen. Stadtgrün und Wasser bringen Schatten und Feuchtigkeit in die Stadt. So können die lokalen Temperaturen um mehrere Grad Celsius gesenkt werden.

Die Karlsruher Verwaltung hingegen hat bspw. bei der Neugestaltung des Marktplatzes weder Begrünung noch den im Hochsommer dringend notwendigen Schatten bedacht. Im Gegenteil: Durch die im Gemeinderat beschlossene Fällung der Platanen der Kaiserstraße verliert die Innenstadt in den kommenden Jahren sogar noch weiteres Grün und Schatten.

Die Linke steht ein für:

● Bäume pflanzen, statt fällen! Der vorhandene Baumbestand muss gut gepflegt und erhalten werden. Neue Blühwiesen und Hecken müssen angelegt werden.

● die Aufwertung und Ausweitung bestehender Grün- und Erholungsflächen.

● Urbanes Grün - mehr Pflanzen in Höfen, an Fassaden, auf Dächern und auf gewerblichen Flächen.

● die Anlage weiterer Wasserflächen und -läufe.

● Wasser nutzen, nicht wegleiten. Die Stadt muss Konzepte entwickeln, wie kostbares Regenwasser sinnvoll genutzt statt nur abgeleitet werden kann. Für die Versickerung von Regenwasser muss gesorgt werden.

● mehr gut zugängliche, gewartete Trinkwasserbrunnen.

● die Schaffung zusätzlicher Hitzeschutzorte im Stadtgebiet.

● die Entwicklung eines neue Begrünungs- und Beschattungskonzeptes für den Marktplatz unter Berücksichtigung der baulichen Begebenheiten.

● lebendige Vorgärten statt Steinwüsten.

Umwelt schützen, Vielfalt erhalten.

Waldbestände in städtischer Hand betrachten wir nicht nur als Naherholungsgebiet, sondern auch als wichtige Kohlenstoffspeicher und fordern eine pflegerische Bewirtschaftung. Ebenso sollen auf kommunalen Pachtäckern ökologische Formen der Bodenbewirtschaftung festgeschrieben werden. Zum Schutz der Artenvielfalt, zum Schutz von Vögeln, Wirbeltieren, Bienen und anderen Insekten, muss Karlsruhe auf den Einsatz von Pestiziden und chemischen Substanzen in Gärten, Grünanlagen und auf anderen kommunalen Flächen verzichten. Initiativen, die sich im Umweltschutz engagieren und z.B. Urban Gardening betreiben oder sich um Bodenschutz und Renaturierung bemühen, sind ebenso zu fördern wie z.B. Vereine oder Genossenschaften einer solidarischen Landwirtschaft.

Wir fordern darüber hinaus, dass:

● eine nachhaltige Forst- und Landwirtschaft in Karlsruhe verankert wird.

● die Wasserqualität der Flüsse und Seen verbessert wird.

● die Kühlwasserentnahme und Kühlwassereinleitung in den Rhein durch Betriebe wie MIRO, Papierfabrik oder Karlsruher Klärwerk so geregelt werden, dass Schäden im Öko-

system unterbleiben.

● die Wertstoffsammlung weiter durch die Stadt erfolgt, mit dem Bestreben den größtmöglichen Teil an recycelbaren Materialien der Wiederverwertung zuzuführen anstatt sie „stofflich verwerten“ zu lassen, was Verbrennen in Kraftwerken und Zementwerken bedeutet.

● Karlsruhe jeden Ansatz ressourcenschonenden Verhaltens, Energiesparen und Abfallvermeidung, wie es durch Repair-Cafés oder Leihläden vorgelebt wird, aktiv unterstützt.

● ehrenamtliche und hauptberufliche „Umweltausbilder*innen“ gefördert werden.

Ressourcen schonen beim Bauen.

Maßnahmen gegen weitere Flächenversiegelungen ebenso wie klimaneutrales Bauen im Hoch- und Tiefbau tragen maßgeblich zum Klimaschutz bei. Wir setzen auf nachhaltige Stoffkreisläufe. Deshalb fordern wir, dass Ressourcenschonung auch beim Bauen stattfindet. Sanierung und Nachverdichtung muss grundsätzlich Priorität vor Abriss und Neubau oder der Versiegelung weiterer Flächen haben. Bauen mit Holz und Holzverbundstoffen, aber auch mit Recycling-Baustoffen sollte zum Standard gemacht werden. Für Neubauten fordern wir den Passiv-, mittelfristig den Aktivgebäude-Standard.

Die Linke wird im Gemeinderat dafür streiten, dass

● Karlsruhe ein Verständnis für „graue Energie“ entwickelt und daraus entsprechende Maßnahmen ableitet. Bisher lag der Fokus in puncto Energiebedarf bei Gebäuden fast ausschließlich auf der Nutzungsphase, in die Gesamtbetrachtung sind jedoch alle Phasen einzubeziehen – vom Bau bis zu Abriss und Entsorgung. Den Faktor graue Energie gilt es bei städtebaulichen Maßnahmen zu berücksichtigen und zu minimieren.

● besonders in den Stadtrandgebieten Nachverdichtung gefördert wird, anstatt neue Flächen zur Bebauung auszuweisen und zu versiegeln. In innerstädtischen Gebieten muss vorher geprüft werden, ob eine Nachverdichtung unter klimatischen Aspekten für das Stadtviertel zumutbar ist. Bei jedem neuen Bauvorhaben müssen zum Ausgleich Böden entsiegelt und renaturiert werden.

● klimafreundliche und sozial gerechte Bebauung bei der Vergabe von städtischen Grundstücken in Erbpacht gefördert wird. Neubauten sollen hier einen deutlich geringeren Energieverbrauch als den gesetzlichen Mindeststandard haben.

● bei Neubau- und Sanierungsvorhaben geprüft wird, in welcher Form Heizung und Strom durch erneuerbare Energien sichergestellt werden können.

● Bundes- und Landesförderprogramme für die energetische Sanierung und den energieeffizienten Neubau konsequent genutzt werden.

● die energetische Sanierung aller öffentlichen Gebäude zeitnah umgesetzt wird.

---

graue Energie: Die Energiemenge, die für Herstellung, Transport, Lagerung, Verkauf und Entsorgung eines Produktes – oder eben auch eines Gebäudes – aufgewendet werden muss. Sie ist also die in Gebäuden gebündelte Energie, die von der Herstellung des ersten Bauteils bis zur Entsorgung nach Abriss aufgewendet wurde.

Klimaresilienz: Klimaresilienz hat eine doppelte Bedeutung: Städte und Regionen sind robust gegenüber Klimafolgen, wie Extremwetterereignissen (z.B. Starkregen und Hitzeperioden) und sie sind lernfähig, um sich an ändernde Bedingungen anzupassen.

V. Mobilität für alle - sozial-ökologische Verkehrswende vorantreiben.

Unsere Vision: Verkehrswende mit LINKS!

Mobilität ist Bewegungsfreiheit und Voraussetzung, um am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Viele Menschen sind auf die Öffentlichen Verkehrsmittel angewiesen, um z.B. zur Arbeit, Schule oder auch zum Einkaufen zu kommen. Darunter sind auch viele Menschen mit geringem Einkommen. Gerade für sie ist es wichtig, dass der Nahverkehr kostenfrei ist. Für andere möchten wir den Öffentlichen Nahverkehr attraktiver gestalten, damit möglichst viele Menschen das Auto stehen lassen und umsteigen können. Davon würden wir alle sehr profitieren. Der PKW- und LKW-Verkehr stellt nicht nur eine Lärmbelästigung dar, sondern verschlechtert auch die Luftqualität, verschmutzt die Umwelt und hat damit gleichzeitig mit den größten Einfluss auf den Klimawandel.

Diese Belastungen treffen auch jene, die kein Auto fahren, wie etwa Kinder, ältere Menschen oder jene, die an stark befahrenen Straßen wohnen. Gerade Menschen mit niedrigen Einkommen sind davon überdurchschnittlich betroffen. Wir wollen den Verkehr ökologischer, aber auch sozialer gestalten und setzen uns als Linke für einen Ansatz der kurzen Wege ein: Arbeit, Bildung, Wohnen und Freizeit sollen möglichst an einen Ort. Wir wollen erreichen, dass es in Karlsruhe möglich ist, zu Fuß, auf dem Rad oder mit der Bahn gut und sicher unterwegs zu sein. Doch damit dieser Umstieg gelingt, müssen wir von Seiten der Stadt die richtigen Anreize schaffen.

Unsere Kernpunkte

- Eine Stadt der kurzen Wege!
- Bus und Bahn – ausgebaut und kostenfrei
- Konsequenter Ausbau von Fahrradwegen

Gut zu Fuß durch Karlsruhe.

Obwohl wir viele Strecken im Alltag zu Fuß zurücklegen, wird der Fußverkehr politisch kaum betrachtet. Dabei ist er die günstigste, gesündeste und umweltfreundlichste Art der Fortbewegung. Er schafft lebendige Innenstädte und Wohnquartiere, ermöglicht Begegnung und Kommunikation. Gehende Menschen beleben Straßen und Plätze. Sie nutzen die Nahversorgung, die lokale Wirtschaft und Gastronomie. Kurz: Attraktive Städte sind ohne gehende und spazierende Menschen nicht denkbar. Deswegen wollen wir den Fußverkehr in Karlsruhe stärken und ähnlich zum Radverkehr eine bundesweite Führungsrolle einnehmen. Dazu dient das „Programm für Aktive Mobilität“ aus Karlsruhe und das Strategiepapier des Umweltbundesamtes „Geht doch!“ als Vorbild.

Unser Ziel ist dabei:

Fußwege attraktiver zu machen

● durch die Entwicklung eines Fußverkehrskonzepts für alle Stadtteile unter dem Aspekt der kurzen, engmaschigen und attraktiven Stadtteilwege.

● durch mehr (schattige) Sitzgelegenheiten für Fußgänger*innen sowie eine ausreichende Anzahl von Abfallkörben entlang der Wege.

● durch bessere Ausschilderung von Fußwegen mit Entfernungsangabe und Gehzeit in der Stadt. Wegweiser sind auch für Ortskundige sinnvoll. Sie werten das Zufußgehen auf.

Fußwege auszubauen

● indem wir die Maßnahmen aus dem „Programm für Aktive Mobilität“ konsequent umsetzen. Als erste Maßnahmen können z.B. attraktive Fußwege mit hoher Aufenthaltsqualität

vom Hauptbahnhof in die Innenstadt und eine attraktive Ost-West-Verbindung entlang der neuen Kriegsstraße geschaffen werden.

● indem wir weitere Fußgängerzonen im Innenstadtbereich ausweisen, z.B. in der Karlstraße im Bereich Stephanplatz und Europaplatz oder in der südlichen Waldstraße. Der Einwand, hier gegen die Interessen der ansässigen Geschäfte zu verstoßen, ist nicht haltbar. In Fußgängerzonen ist die Besucherfrequenz der Geschäfte wesentlich höher, die Fußgänger*innen bringen den Hauptteil des Umsatzes.

Fußwege sicher zu machen

● indem wir bei Straßenquerungen mehr sicher angelegte Zebrastreifen einsetzen – auch in Kombination mit Mittelinseln, Gehwegnasen oder Teilaufpflasterungen. Sie erlauben eine zügige und bequeme Straßenquerung, und sind wesentlich günstiger als Lichtsignalanlagen.

● indem Fuß- und Radwege voneinander getrennt werden. Radwege sollen von Fußwegen aber auch von Straßen baulich getrennt und sicher vorliegen.

● indem Fußwege lückenlos beleuchtet werden. Dabei sollen gerade Fußwege entlang von Grünanlagen, Waldstücken, Spielplätzen, Schulen und Kindergärten aber auch von und zu Haltestellen sicherer werden.

Fuß- und Radwege freizuhalten

● motorisierte Fahrzeuge jeglicher Art haben auf den Geh- und Radwegen nichts zu suchen. Das Freihalten von Fuß- und Radwegen muss von der Kommune stärker kontrolliert und bei Verstoß auch konsequent geahndet werden. Hierzu ist eine personelle Stärkung der Kontrollbehörden notwendig.

● denn Baustellenschilder gehören nicht auf Fuß- und Radwege. Es ist insbesondere darauf zu achten, dass ausreichend Platz für Kinderwägen und Menschen mit Rollstuhl zur Verfügung steht.

● denn der Winterdienst hat auch bei Geh- und Radwegen Priorität. Gehwege, Radwege, Querungsstellen und Haltestellen müssen ganzjährig nutzbar sein, d.h. im Winter mindestens von 6 Uhr bis 22 Uhr schnee- und eisfrei sein.

Radverkehr mit Vorrang.

Karlsruhe bietet sich allein aus topografischen Gründen an, eine Vorzeigestadt für Radfahrende zu werden. Initiativen wie „Helm statt Hupe“ von Fridays for Future oder der „Fuß- und Radentscheid“ zeigen, dass hier noch deutlich Luft nach oben ist. Die Forderungen des Fuß- und Rad-Entscheids müssen zeitnah umgesetzt werden.

Deshalb will Die Linke im Bereich des Radverkehrs:

Fahrradstraßen ausbauen.

● Es müssen mehr echte Fahrradstraßen mit Vorfahrt geschaffen werden. Dies betrifft etwa die Sophienstraße.

● Der Ausbau von Fahrradwegen muss vom Ausbau von Autostraßen entkoppelt werden. Eine Priorisierung des Ausbaus von Fahrradwegen ist angesichts begrenzter finanzieller Mittel unser Ziel.

● Die Anbindung von Stadt zu Umland oder Gewerbegebieten muss verbessert werden. Das Umland muss mit Fahrradschnellwegen als wesentlichen Aspekt der Verkehrsverlagerung im Pendelverkehr angebunden werden. Hierzu muss mindestens eine Vollzeitstelle

bei den städtischen Behörden geschaffen werden. Auf den wichtigen Pendelstrecken aus dem Umland müssen zeitnah Fahrradschnellwege geschaffen werden.

● Die Gewerbegebiete müssen für Radfahrer*innen besser angebunden werden, z.B. das Gebiet am Rheinhafen, das Gewerbegebiet Hagsfeld und das Gewerbegebiet Killisfeld.

● Die oberirdischen Kriegsstraße zwischen Mendelssohnplatz und Karlstor soll zu einer weiteren Hauptachse im städtischen Radnetz ausgebaut werden.

● Eine attraktiven Ost-West-Verbindung von Durlach in die Innenstadt muss neu eingerichtet werden.

● Beim Wildparkstadion muss eine attraktive Infrastruktur für die Anreise mit dem Fahrrad geschaffen werden: u.a. sichere und gut beleuchtete Zufahrtswege und eine hohe Zahl von sicheren Abstellanlagen.

Radwege attraktiver und sicherer machen.

● Bei Baustellen muss eine sichere und nachvollziehbare Umleitung ausgeschildert sein. Wir drängen auf eine strikte Umsetzung der gängigen Vorschriften, die besagen, dass wenn ein Angebot für Radfahrende besteht, dieses auch in der Baustelle angeboten werden muss. Ein Wegfall zugunsten des Autoverkehrs ist nicht zielführend. Mit Einrichten der Umleitungen für den motorisierten Individualverkehr muss daher zeitgleich auch die Ausschilderung für den Radverkehr erfolgen.

● Grüne Wellen für Radfahrer auf zentralen Fahrradrouten nach Vorbild von Kopenhagen, und Schaffung weiterer Fahrradstraßen im Stadtgebiet.

● Für eine konsequente Werbung für die Anreise mit dem Fahrrad bei Großveranstaltungen. Hier muss eine fahrradfreundliche An- und Abreise gewährleistet sowie sichere Abstellmöglichkeiten geschaffen werden.

Fahrrädern mehr Platz im öffentlichen Raum geben.

● Mehr Parkflächen im öffentlichen Raum für Fahr- und Lastenräder.

● Diese sollen mindestens bei größeren Anlagen witterungsgeschützt sein, und der DIN-Norm für Fahrradparksystem entsprechen.

● An allen Schulen, städtischen Einrichtungen und ÖPNV-Haltestellen sollen mehr sichere und überdachte Fahrradabstellanlagen zum Einsatz kommen.

● Der bereits von der Stadt begonnene Umbau von Parkplätzen zu Fahrradabstellplätzen muss beschleunigt werden, damit die Gehwege für Fußgänger*innen von Fahrrädern freigehalten werden.

● Private Haushalte, Gewerbetreibende und Unternehmen sollen bei der Einrichtung von Fahrradstellplätzen im öffentlichen Raum unterstützt werden.

Dafür ist nötig:

● mehr Personal bzw. Schwerpunktverlagerungen bei den städtischen Behörden, um einen schnelleren Ausbau und den Unterhalt der Infrastruktur zu ermöglichen. Viele Maßnahmen aus dem Verkehrsentwicklungsplan Karlsruhe wurden wegen fehlenden Personals noch nicht realisiert. Die Anzahl der geplanten Radrouten bleibt weit hinter den gesteckten Zielen zurück.

● Die Einrichtung der Stelle eines Radverkehrsbeauftragten, die für Radfahrende ansprechbar ist und sich in der Stadtverwaltung für deren Anliegen einsetzt.

Ausbau des ÖPNV (Öffentlicher Personennahverkehr).

Für eine Verkehrswende sind Bus und Bahn zentral. Nach 12 Jahren hat die wohl kürzeste U-Bahn Deutschlands in Karlsruhe im Dezember 2021 ihren Betrieb aufgenommen. Die Kosten haben sich mit knapp 1,5 Milliarden Euro bei der „Komi-Lösung“ verdreifacht. Damit dieses Geld nicht in ein reines Prestige-Projekt investiert wurde, muss der öffentliche Nahverkehr attraktiver werden, damit es auch gelingen kann, auf Bus und Bahn umzusteigen. Der Nahverkehr muss nicht nur kostenfrei, sondern auch stark ausgebaut werden – gerade auch in der Fläche.

Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir:

einen ticketfreien Nahverkehr.

● Mittelfristig müssen Bus und Bahn kostenfrei sein. Jetzt sofort müssen alle Preiserhöhungen im ÖPNV gestoppt werden.

● Die Stadt muss für einen ticketfreien, sprich für alle Nutzer kostenfreien, Nachverkehr eine Kostenanalyse durchführen und verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten ausarbeiten. Karlsruhe soll sich an bundesweiten Modellprojekten proaktiv bewerben und beteiligen. Karlsruhe muss als eine der größten Städte Baden-Württembergs, Druck auf die Landesregierung für dazu notwendigen Gesetzesänderungen ausüben.

● Wir wollen, dass als erster Schritt die Leistungen im Rahmen des Karlsruher Passes (Karlsruher Kinderpass, Karlsruher Pass & Karlsruher Pass 60 plus) ausgebaut werden, damit bereits jetzt mehr Menschen den Nahverkehr kostenfrei nutzen können.

● Bis dahin muss das Deutschlandticket zum stark vergünstigten Preis für Leistungsberechtigte des Karlsruher Passes, Schülerinnen und Schüler, Auszubildende, Studierende sowie Rentner*innen abgegeben werden. Dabei muss in Zusammenarbeit mit den Verkehrsbetrieben eine Kaufmöglichkeit geschaffen werden, die auf eine Schufa-Abfrage verzichtet.

● Für die Pendler*innen aus Rheinland-Pfalz muss ein stark vergünstigtes Jahresticket eingeführt werden. So kann viel Berufsverkehr über die Rheinbrücke auf den ÖPNV verlagert werden.

den Öffentlichen Nahverkehr stärken und ausbauen.

Berufspendler*innen aber auch Schüler*innen stranden immer wieder ohne Alternative an Haltestellen. Schon Anfang 2019 fehlten 30 Triebfahrzeugführer*innen bei der AVG. Für Berufspendler*innen aus Rheinland-Pfalz, aus dem Pfinztal, dem Albtal und der Hardt oder Schüler*innen hat sich die tägliche Fahrt zu einem Lotteriespiel entwickelt.

● Die Taktung, das heißt die Regelmäßigkeit, in der Bus und Bahn fahren, muss erhöht werden. Das gilt auch für die Busanbindungen der einzelnen Stadtteile (z.B. Richtung Bergdörfer oder von Durlach nach Ettlingen), der Gewerbegebiete und den Verbindungen zwischen den äußeren Stadtteilen.

● Wir wollen die Kürzungen bei den Nightlinern zurücknehmen und das Angebot an allen Wochentagen wiederherstellen. Eine weitere Ausdünnung von Fahrplänen im Zuge der Haushaltssanierung lehnen wir ab. In den Randzeiten und in Außenbezirken muss über ÖPNV-On-Demand-Lösungen nachgedacht werden. Diese dürfen nicht mit prekären und tariflosen Arbeitsverhältnissen durchgeführt werden.

● Um eine höhere Taktung zu gewährleisten und um die bestehenden „personalbedingten“ Ausfälle zu verringern, muss das Personal im ÖPNV verstärkt werden.

● Arbeitsverdichtungen, niedrigere Löhne für Neueingestellte und Tarifflucht durch Outsourcing lehnen wir ab. Dafür wollen wir mit den Betriebsräten der jeweiligen Verkehrsbetriebe und den Gewerkschaften eng zusammenarbeiten. Privatisierungen, Ausgliederungen und Arbeitsplatzabbau bei den VBK und der AVG im Zuge von Haushaltssanierungen oder anderer Maßnahmen müssen verhindert werden.

● Wir wollen eine weitere Ausbildungsoffensive, bessere Bezahlung für Triebfahrzeugführer*innen sowie Erhöhung des Mindestpersonalschlüssels bei der AVG erreichen.

● Wenn es bei Neuvergaben von Verkehrsverträgen zu Betreiberwechseln kommt, muss die Übernahme der Beschäftigten und der Erhalt ihrer bisherigen Entlohnung und Arbeitsbedingungen verpflichtend gewährleistet werden.

● Das Schienennetz muss insbesondere im Landkreis ausgebaut werden.

● Der KVV muss als multimodaler Verkehrsdienstleister weiter ausgebaut werden und die Aufgabe der Steuerung aller weiteren Verkehrsangebote wie z.B. Carsharing, Leihfahrräder, Taxis übernehmen und vorantreiben.

den Öffentlichen Nahverkehr einfach, barrierefrei und attraktiv gestalten.

● Wir setzen uns für eine generelle Vereinfachung des Tarifsystems ein, indem Waben im KVV-Netz zusammengelegt werden.

● Im Hinblick auf Barrierefreiheit müssen Papiertickets für Menschen ohne Smartphone-Zugang beibehalten werden. Ein Kurzstrecken-Tarif muss wieder über Verkaufsautomaten in Papierform zugänglich gemacht werden.

● An jeder größeren Haltestelle sollen Umgebungspläne den Fahrgästen den Weg ins Viertel und an ihr Ziel weisen.

● Zu einem attraktiven ÖPNV gehören saubere Bahnen, Bussen und Haltestellen.

● Dazu zählt der Verzicht von Werbung auf Fensterflächen der Bahnen und Busse.

● Die Ausstattung der Bahnen (Anzahl und Größe der Sitzplätze, Haltemöglichkeiten, Kinderwagenstellplätze) muss in enger Absprache mit Fahrgastverbänden und den Betriebsräten der Verkehrsunternehmen erfolgen, um die Interessen der Fahrgäste und des Fahrpersonals ausreichend einzubinden.

● Haltestellen müssen vor Wind und Regen schützen. Dafür sind Wände an den Unterständen nötig.

● Der Öffentliche Nahverkehr muss an Kreuzungen konsequent Vorrang haben.

● Park&Ride-Möglichkeiten an den Zufahrtsstraßen in die Stadt, bei der das Parkticket die Nutzung des ÖPNV beinhaltet, müssen ausgebaut werden.

● Bei Veranstaltungen, die von der öffentlichen Hand ausgerichtet werden (z.B. Veranstaltungen der Karlsruher Messe- und Kongress GmbH, Weihnachtsmärkte, Einkaufsnächte) muss Werbung für die Anreise mit Bus und Bahn gemacht werden.

● Strafanzeigen wegen Schwarzfahrens durch die Verkehrsunternehmen müssen abgeschafft werden. Die Kriminalisierung muss ein Ende finden. Wer kein Geld hat, um sich ein Ticket zu kaufen, darf dafür nicht mit einer Geld- oder gar Freiheitsstrafe belegt werden.

Autoverkehr reduzieren – Alternativen fördern.

Obwohl der motorisierte Individualverkehr unter den Aspekten des Lärms, der Emissionen und des Flächenverbrauchs pro Verkehrsteilnehmenden am schlechtesten abschneidet, wird Autos steuerlich, planerisch und verkehrsrechtlich noch immer Vorrang vor anderen

Verkehrsmitteln gewährt. Wirtschaft und Jobcenter zwingen den Betroffenen immer längere Pendelwege zur Arbeit auf. Die rasant steigenden Mieten drängen die Menschen aus der Stadt und verursachen so weitere Pendelverkehre. Langfristig setzen wir auf einen Ansatz der kurzen Wege und insbesondere auch auf einen Ausbau des Nahverkehrs.

Deshalb wollen wir

eine Vorreiterrolle einnehmen.

● Wir unterstützen die Stadt bei einer möglichen Bewerbung als Pilotstadt, die beim Deutschen Städtetag angestrebt wird.
● Bis dahin wollen wir, so weit wie möglich, Tempo 30 in der Stadt als streckenbezogene Höchstgeschwindigkeit einführen, einen reduzierten LKW-Verkehr in Karlsruhe, um die Anwohner*innen zu schützen und zu entlasten. Wir setzen uns daher u.a. für LKW-Nachtfahrverbote ein. Nächtliche Lärmbelästigungen wie an der Eckener-/Michelinstraße sind für die Anwohner*innen nicht hinnehmbar. Die Stadt Karlsruhe muss hier Druck auf die Stadt Rheinstetten sowie auf das Edeka-Fleischwerk in Rheinstetten ausüben.

● Auch als Arbeitgeber können wir eine Vorreiterrolle einnehmen: Um Städtische Mitarbeiter zu ermutigen, den ÖPNV für den Arbeitsweg zu nutzen, fordern wir ein kostenloses Jobticket für alle städtischen Mitarbeiter*innen. Alternativ sollen Mitarbeiter*innen eine Förderung für die Nutzung eines Fahrrads für den Arbeitsweg erhalten.

● Perspektivisch können so auch autofreie Stadtteile geschaffen werden.

die Sicherheit und Lebensqualität rund um den Verkehr verbessern.

● Um innerhalb des Stadtgebietes mehr Sicherheit zu erlangen, hilft ein generelles Tempolimit von 30 km/h als Basisgeschwindigkeit. An ausgewiesenen Straßen kann die Höchstgeschwindigkeit erhöht werden, wenn der Bedarf nachgewiesen und sichergestellt werden kann.

● Um Pendlerströme und Staus zu verringern, streben wir einen Ausbau von Bus und Bahn-Strecken, sowie die Einführung des kostenfreien Nahverkehrs an.

● Durch diese Alternative schaffen wir auch eine höhere Zufriedenheit bei denjenigen, die nicht auf das eigene Auto verzichten können und wollen. Ein „Dem-Stau-Hinterherbauen“ ist nicht zielführend. Neue Straßen führen zu neuem und zu mehr Autoverkehr, daher lehnen wir den Bau einer zweiten Rheinbrücke nach den aktuellen Plänen des Bundes ab.

● Den Bau einer Umfahrung Hagsfeld lehnen wir aus ökologischen Gründen, aus Gründen einer notwendigen und gewünschten Verkehrswende sowie aus finanziellen Gründen ab.

● Wir wollen ein Hubsystem mit kommerziellen Logistikdienstleistern entwickeln, um die hohe Verkehrsbelastung durch die Lieferung von Paketen direkt an die Tür zu senken. Ein Bestandteil soll dabei die Zustellung in den Stadtteilen z.B. durch lokale Dienstleister mit Lastenrädern o. ä. sein.

den zur Verfügung stehenden Raum strategisch nutzen.

● Wir wollen Anwohnerparkzonen in den Stadtteilen durch ein Herabsetzen des Ausweisungsschlüssels ausweiten.

● Die Gebühren für Anwohnerparkausweise sollten nach Größe der Autos (z.B. nach Hubraum) und nach sozialen Kriterien gestaffelt werden. Geringverdiener*innen, Rentner*innen und Bezieher*innen von Bürgergeld sollen bspw. geringer belastet werden.

● Die Parkgebühren im Innenstadtbereich müssen erhöht werden. Ausgenommen davon sollen Anwohner*innen sein.

● Die strategische Nutzung des Raumes soll langfristig zu einer Reduzierung von Parkflächen für Autos führen.

VI. Bildung ist ein Menschenrecht - Von der Kita bis zum lebenslangen Lernen

Einen gebührenfreien und guten Kitaplatz für jedes Kind.

Ein wichtiger Bestandteil der bestmöglichen Bildung für Kinder sind die Kindertagesstätten. Als Linke wollen wir hierbei nicht nur die Qualität der Kindertagesstätten verbessern, sondern wollen für jedes Kind einen gebührenfreien Kitaplatz in Karlsruhe. Denn wenn ein Volksentscheid zur kostenfreien Kita von der Grün-Schwarzen Landesregierung geblockt wird, ist das undemokratisch und ein politisches Versagen!

Gebührenerhöhungen, noch dazu bei gleichzeitiger Einschränkung von Öffnungszeiten und Verschlechterung des Personalschlüssels, sind in unseren Augen ein Skandal und werden von uns nicht mitgetragen! Für uns als Linke steht fest: Der Besuch einer Kindertagesstätte darf nicht abhängig sein vom Geldbeutel der Eltern, deshalb ist die Gebührenfreiheit der Kitas und Krippen nach wie vor eines der wichtigsten Ziele Linker Kommunalpolitik - auch für die nächste Legislaturperiode des Karlsruher Gemeinderates.

Unsere Kernpunkte:

- Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz
- Fachkräftemangel entgegenwirken – attraktive Arbeitsbedingungen schaffen
- Mehr Geld für Schulen – Schulausbau und -sanierung möglich machen

Die Linke setzt sich ein für:

● eine kostenfreie Kita für alle Kinder. Das gehört zu einem gebührenfreien Bildungssystem

● dass der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz für jedes Kind bis zur Einschulung auch in Karlsruhe erfüllt und der Rechtsanspruch auf eine Ganztagesbetreuung während des Grundschulbesuches eingeführt wird.

● die Gewährleistung von Wünschen und Wahlrecht der Eltern bei der Kitaplatzsuche, vor allem im Hinblick auf verschiedene pädagogische Konzepte und eine wohnort- oder arbeitsortnahe Versorgung.

● mehr Ganztagesbetreuung in KiTas und Krippen. Bei der Schaffung von weiteren 2.500 Betreuungsplätzen bedeutet dies im ersten Schritt 5 Mio. € Mehrausgaben für Karlsruhe.

● eine gesunde und gebührenfreie Verpflegung in Kitas. Gemeinsames Essen in der Kita ist mehr als Nahrungsaufnahme, es ist soziales und kulturelles Lernen und Erleben, und eine Investition in die Zukunft von uns allen.

● kommunale Kindertageseinrichtungen in öffentlicher Hand. Der Anteil von kommunalen Angeboten soll schrittweise erhöht werden.

● längere und flexiblere Betreuungs- und Öffnungszeiten, die sich an den Bedürfnissen der Kinder und Eltern orientieren und nicht allein nach den Arbeitszeiten der Eltern bemessen werden. Auch Eltern haben ein Recht auf gesellschaftliche Teilhabe.

● die Einhaltung des aktuell geltende Personalschlüssels. Dafür muss eine regelmäßige Überprüfung in Form von Stichkontrollen stattfinden.

● Die Verringerung von Gruppengrößen in Krippen und Kindertagesstätten. Wir wollen erreichen, dass Karlsruhe den Personalschlüssel für Kitas und Krippen weiter ausbaut. Dies bedeutet, dass eine Fachkraft in Krippen für maximal zwei Kinder und in Kindertagesstätten für maximal fünf Kinder zuständig sein soll.

● Die Anpassung von Gruppengröße und Personalschlüssel an besondere Anforderungen für Integration und Inklusion in bestimmten Gruppen.

● Die Schaffung weiterer inklusiver Kindertageseinrichtungen im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention.

● einen regulären Kita-Platz für geflüchtete Kinder binnen einer Woche nach Ankunft. Geflüchtete Kinder sind durch niedrigschwellige Einstiegsangebote stärker in die Kitabetreuung zu integrieren.

● den Ausbau sozialpädagogischer Beratungsangebote für Eltern- und Familienarbeit an Kindertagesstätten, insbesondere in sozialen Brennpunkten. Kita-Sozialarbeit als präventives Angebot muss erweitert werden.

● einen professionellen Mix aus Erzieher*innen, Heil- und Sozialpädagog*innen, Logopäd*innen und anderen Fachkräften in der Tagesbetreuung.

Dem Fachkräftemangel entgegenwirken – pädagogische Berufe aufwerten.

Eine intensive, verlässliche und gute Betreuung und Bildung von Kleinkindern ist nur möglich, wenn der Personalschlüssel stimmt. Priorität muss sein, dem Fachkräftemangel konsequent entgegenzuwirken. Pädagogische Fachkräfte müssen besser entlohnt und entlastet werden, ihre Tätigkeit an Attraktivität gewinnen und endlich angemessen wertgeschätzt werden. Investitionen in die frühkindliche Bildung sind Investitionen in unsere Zukunft.

● Die kommunalen Ausbildungsquoten für den Beruf des/der Erzieher*in müssen erhöht werden. Die Ausbildung muss gebührenfrei sein und angemessen entlohnt werden. wir wollen, dass eine staatliche Schule diese Ausbildung anbietet. Derzeit gibt es in Karlsruhe dazu nur Schulen in freier Trägerschaft.

● Es sollen mehr praxisorientierte Ausbildungsplätze geschaffen werden.

● Eine bessere Bezahlung von Erzieher*innen ist dringend notwendig und eine Aufstockung des Personalschlüssels erforderlich, um auch für die Beschäftigten die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Hierzu zählt auch eine Anrechnung von Vor- und Nachbereitungszeiten für das pädagogische Personal.

● Beschäftigte freier Träger oder privater Einrichtungen werden in der Regel schlechter bezahlt als Angestellte der Kommunen. Sie müssen ebenfalls mindestens nach TVÖD entlohnt werden.

● Die Stadt Karlsruhe muss sich eine höhere tarifliche Einstufung für pädagogische Fachkräfte in kommunalen Kindertagesstätten zum Ziel setzen, um als Arbeitgeberin attraktiver zu werden.

Eine gemeinsame und gute Schule für alle.

Das Bildungssystem in Deutschland verschärft die soziale Ungleichheit, statt ihr entgegenzuwirken. Kinder aus einem nichtakademischen Haushalt oder aus einer Familie mit Migrationshintergrund werden in diesem Bildungssystem systematisch benachteiligt. Wir als Linke wollen, dass Bildung nicht von Herkunft und Geldbeutel abhängig ist, sondern gute Bildung für Alle ermöglichen. Marode Schulen und zu wenig Personal fördern die soziale Benachteiligung. Dagegen setzen wir uns für individuelle Förderung und ein inklusives Bildungssystem ein. Dies setzt genügend Personal voraus. Wir lehnen eine Auftei-

lung der Kinder bereits im 4. Schuljahr auf unterschiedliche Schularten ab, denn ein längeres gemeinsames Lernen fördert benachteiligte Kinder besser. Wir als Linke wollen auch in Karlsruhe im Rahmen der begrenzten Handlungsmöglichkeiten der Kommune ein solidarisches und gemeinsames Lernen fördern statt Konkurrenz und Notendruck. Gebührenfreiheit gerade im Bildungswesen ist für uns als Linke ein Kernanliegen.

Deshalb setzen wir uns ein:

● für ein gebührenfreies Ticket für Schüler*innen im gesamten Netz des Karlsruher Nahverkehrs.

● für eine entgeltfreie Betreuung auch nach 16 Uhr bis 17.30 Uhr - besonders für Kinder, deren Eltern in Dienstleistungsberufen im Krankenhaus, in der Pflege, Betreuung oder im Schichtbetrieb arbeiten.

● für eine entgeltfreie Tagesbetreuung in allen Schulferien von 7.30 Uhr bis 17.30 Uhr. Aktuell findet diese nur bis 16 Uhr statt und darf nicht weiter eingeschränkt zu werden.

● für eine beitragsfreie, gesunde und nachhaltige Verpflegung der Schüler*innen. Die Gebühren für die Schulverpflegung dürfen nicht auch noch weiter angehoben werden. Das werden wir nicht mittragen.

● für garantierte Lernmittelfreiheit für alle Schüler*innen. Mögliche zusätzliche Kosten für Lernmittel müssen insbesondere bei Familien mit geringem Einkommen von der Kommune übernommen werden.

● für den Ausbau des kommunalen Schulnetzes, um die wohnortnahe Beschulung vor allem in den Grundschulen aber auch in den Sekundarstufen zu ermöglichen.

● für die flächendeckende Einrichtung gut ausgestatteter Ganztagsschulen. Alle Kinder sollen die Möglichkeit haben, eine Ganztagsschule besuchen zu können.

● für eine Verbesserung des Ganztagesschulkonzeptes z.B. durch eine bessere Konzeption des Tagesablaufes unter Einbeziehung und mit Unterstützung von Vereinen, sozialen Trägern oder anderen Organisationen.

● für eine deutlich bessere Personalausstattung der Schulen, insbesondere mit Sozialarbeiter*innen und Schulpsycholog*innen, um den vielfältigen Schwierigkeiten und Problemen der Schüler*innen - insbesondere nach den Corona-Jahren - gerecht zu werden.

● für den Verbleib von Schulgebäuden und dem Inventar in öffentlicher Hand. Wir lehnen jede weitere Privatisierung des Bildungswesens ab.

● für die beschleunigte Sanierung der Schulen. Baufällige Schulen müssen der Vergangenheit angehören. Gleichzeitig wollen wir sicherstellen, dass eine gleichwertige Ausstattung aller Schulen stattfindet.

● für den Erhalt und Ausbau von Schulbibliotheken, Leseräumen und Lernwerkstätten sowie Gewährleistung der personellen Ausstattung.

● für die Erhöhung der Investitionen in die digitale Infrastruktur der Schulen. Die Verwaltung und Wartung der digitalen Infrastruktur müssen durch spezielle Fachkräfte erfolgen.

● für sichere Schulwege! Dafür sehen wir die Umsetzung der Forderungen des Fuß- und Radentscheids für unerlässlich. (siehe Kapitel Mobilität)

● für städtische Sonderförderprogramme, um sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler angemessen zu fördern.

● für Stärkung der politischen Bildung an Schulen durch Workshops, politische Bildungstage und Austausch unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Initiativen, Gewerkschaften, demokratischer Parteien und deren Jugendorganisationen, kommunaler Mandatsträger und Abgeordneter des Landtags, Bundestags und des Europaparlaments.

● für ein tolerantes Miteinander: gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Homo- und Transfeindlichkeit, Frauenfeindlichkeit und jegliche Diskriminierung an Schulen spielen außerschulische Partner eine wichtige Rolle. Die Linke fördert die Kooperation mit geeigneten Partner*innen.

● dass möglichst alle Karlsruher Schüler*innen im Rahmen ihres Schulbesuchs eine KZ-Gedenkstätte besichtigen. Schüler*innen sollen in Kooperation mit Bündnissen wie dem Karlsruher „Netzwerk gegen rechts“ und dem Antifaschistischen Aktionsbündnis Karlsruhe über Rechtsextremismus vor Ort aufgeklärt werden.

● für eine verstärkte Umsetzung von Umweltbildungsprojekten.

● für die Stärkung des Austauschs von Auszubildenden und Studierenden mit Schüler*innen, um einen Erfahrungsaustausch und bessere Orientierung zu gewährleisten. Bei Berufsinformationstagen an Schulen sollen nur Arbeitgeber*innen eingeladen werden, die Schüler*innen eine gute Ausbildung zu fairen Arbeitsbedingungen ermöglichen. Hierbei sollen die Gewerkschaften miteingebunden werden. Außerdem soll Gewerkschaften das Recht eingeräumt werden, an Berufsinformationstagen die Schüler*innen über ihre Rechte als Beschäftigte aufklären.

Ausbildung stärken - Azubis unterstützen.

Die beruflichen Schulen haben in den letzten Jahrzehnten einen erheblichen Beitrag geleistet, Bildungsbiografien von Jugendlichen zu gestalten. Schüler ohne Abschluss der allgemeinbildenden Schulen fanden in diesen Einrichtungen immer eine zweite Chance. Berufskollegs und berufliche Gymnasien bieten Anschlüsse für eine Weiterqualifizierung der Jugendlichen, und die Berufsschulen ermöglichten vielen mit Hauptschulabschluss den Zugang zur mittleren Reife. Diese Arbeit muss unterstützt werden. Vor allem die Bereiche, die nicht im Fokus der Wirtschaft stehen, brauchen die öffentliche Hand, um allen Schülerinnen und Schülern eine gute Aus- und Weiterbildung zu sichern.

Deshalb setzt sich Die Linke unter anderem ein für

● die Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen bei der Stadt Karlsruhe und den städtischen Gesellschaften und Beteiligungen.

● ein Programm zur Schaffung von Ausbildungsplätzen mit Geldern der Bundesagentur für Arbeit, des Jobcenters und der ARGE.

● den Auf- und Ausbau von Jugendbeschäftigungsgesellschaften in städtischer Regie für Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz in der freien Wirtschaft finden.

● eine Verstärkung der Angebote für Jugendliche ohne Schul- und Berufsabschluss, um eine anerkannte Berufsausbildung abzuschließen oder ein Studium beginnen zu können.

● Die bessere Integration von jungen Menschen mit Behinderungen in der Ausbildung.

● Die Schaffung eines Sonderförderprogrammes für die Ausbildung junger Geflüchteter seitens der Stadt in Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit und lokalen Unternehmen.

● Die Unterstützung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, ihre Berufswahl nicht von Geschlechtszuschreibungen abhängig zu machen, sondern von eigenen Interessen

und Fähigkeiten.

● für eine Auftragsvergabe der Stadt und der städtischen Gesellschaften ausschließlich an Unternehmen, die in ihren Betrieben qualifiziert ausbilden.

Die Lebenssituation der Auszubildenden muss verbessert werden.

● Ausreichend bezahlbarer Wohnraum für Auszubildende muss ähnlich den Studierendenwohnheimen über die Stadt oder freie Träger zur Verfügung gestellt werden.

● Ein Studierenden- & Azubipass, ähnlich dem Karlsruher Kinderpass, soll eingeführt werden. Unser Ziel ist, Azubis möglichst kostenfreien oder zumindest deutlich kostengünstigeren Zugang zu Kultureinrichtungen, Stadtbibliotheken, Freizeitbädern und weiteren Einrichtungen zu ermöglichen.

● Ein kostenfreier ÖPNV für Azubis soll in Kooperation mit den Verkehrsgesellschaften mit einer „Azubikarte“ ermöglicht werden, mindestens jedoch ein um 50 % ermäßigter Preis (wie mit dem Karlsruher Pass). Dies würde je nach Geltungsbereich der „Azubikarte“ eine deutliche Entlastung für Azubis bedeuten.

Attraktive Politik für Studierende

Die deutschlandweite und internationale Ausstrahlung der Hochschulen, aber auch der außeruniversitären Forschungseinrichtungen, sind für die Stadt und die Region ebenso von unschätzbarem Wert wie ihre Attraktivität für junge Menschen und deren Innovationspotential. Umso wichtiger ist es, dass die Vielfalt der Studienfächer erhalten bleibt. Die Linke wird deswegen auf allen politischen Ebenen Gebührenerhöhungen und Kürzungsabsichten bei den Hochschulen entgegentreten. Hervorragende Hochschulen brauchen auch hervorragende Rahmenbedingungen. Es wird Zeit, dass Politik wieder im Interesse der Studierenden gestaltet wird. Dazu gehört ein breites soziokulturelles Angebot ebenso wie ausreichend bezahlbarer Wohnraum für Studierende. Zudem soll die Stadt die Hochschulen und Forschungseinrichtungen bei der Gewinnung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern unterstützen. Wir wollen Karlsruhe für Studierende attraktiver gestalten und ihnen optimale Bedingungen für ihr Studium schaffen.

Das heißt für Die Linke:

● Einführung eines Studierenden- & Azubipasses, ähnlich dem Karlsruher Kinderpass. Generell sollte das Ziel sein, dass Azubis und Studierende möglichst kostenfreien oder zumindest deutlich kostengünstigeren Zugang zu Kultureinrichtungen, Stadtbibliotheken, Freizeitbädern und weiteren Einrichtungen haben.

● kostenfreien ÖPNV für Studierende ermöglichen sowie generell Einsatz für eine weitere Vergünstigung des Semestertickets und eine Verbesserung des Leistungsangebots. Die Altersgrenze des Jugendticket BW möchten wir für Studierende aufheben.

● 1.500 neue Wohnheimplätze in den nächsten fünf Jahren mit einer Monatsmiete von weniger als 360 € im Monat schaffen (Dies entspricht der Bafög-Wohnpauschale).

● eine ausreichende Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum für Studierende in allen Stadtteilen in Abstimmung mit dem Studierendenwerk. Aktuell kostet ein WG-Zimmer durchschnittlich 440 € im Monat und damit mehr als der Bafög-Satz vorsieht.

● gegen Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse in Wissenschaft und Lehre einzutreten. Geregelte, sozialversicherte Beschäftigungsverhältnisse und tarifliche Bezahlung für Wissenschaftler*innen, Mitarbeiter*innen und Hilfskräfte müssen Standard sein. Auch beschäftigte Studierende sollen in den Tarifvertrag aufgenommen werden. Diese Position muss die Stadt Karlsruhe als Partnerin der Hochschulen einnehmen.

● Stadtverwaltung und ihre Tochterunternehmen bieten verstärkt Praktikumsplätze an und kooperieren mit den Hochschulen bei der Erstellung von Abschlussarbeiten bis hin zu Promotionen.

● den zunehmenden Einfluss von Konzernen auf die Wissenschaft zurückzudrängen. Die Stadt Karlsruhe muss sich gegen die Ausweitung der privaten Drittmittelfinanzierung an den Universitäten stark machen.

● gegen die Rüstungsforschung an unseren Hochschulen einzutreten. Ein Verbot von militärischer Forschung und die Umsetzung einer Zivilklausel an den Hochschulen in Karlsruhe ist dringend notwendig!

● Die Forschung an Entwicklungsarbeiten zur 4. Generation von Atomkraftwerken sowie der Fusionsforschung einzustellen.

● Die Schaffung einer städtischen Anlaufstelle in Kooperation mit den Karlsruher Hochschulen für Studierende, insbesondere aus Arbeiterfamilien, mit Migrationshintergrund und für Frauen, um die Studienabbrecher-Quote zu verringern.

● Die Rolle einer selbstverwalteten Studierendenschaft als Ansprechpartner für den Gemeinderat stärken.

● Schaffung und Ausbau nichtkommerzieller Treffpunkte für Studierende.

● Beratung und finanzielle Unterstützung studentischer Initiativen in der Kultur, im sozialen Bereich, politischer und zivilgesellschaftlicher Kultur sowie im Sport.

● genügend Sporthallen und -anlagen in Karlsruhe, um Studierendensport zu ermöglichen.

● Ausbau der Fahrradstraßen im Hochschul- Umfeld (siehe Kapitel Mobilität).

● Technologie- und Gründerzentren sowie Multimediazentren müssen gestärkt und weiterentwickelt werden.

Weiterbildung fördern – für lebenslanges Lernen.

Die Linke setzt sich dafür ein, dass für alle Menschen bis ins hohe Alter ein vielfältiges Lern- und Bildungsangebot zur Verfügung steht. Gerade in den vergangenen Jahren hat sich Die Arbeitswelt im Zuge der Digitalisierung dramatisch verändert. Die Linke will, dass alle Menschen das Recht und die Möglichkeit haben, sich weiterzubilden und für die digitale Arbeitswelt zu qualifizieren. Die Stadt Karlsruhe soll mit der Arbeitsagentur, den Jobzentren und freien Bildungsträgern geeignete Angebote entwickeln.

In der Frage der Weiterbildung leisten die Volkshochschulen (VHS) einen enormen und unverzichtbaren Beitrag, der allen Gesellschaftsschichten zugutekommt. Leider sind die Teilnahmegebühren auch an der Volkshochschule für viele Kurse so teuer, dass gerade Geringverdienende es sich kaum leisten können. Vor allem Kurse für die weitere Berufsqualifizierung sollten günstiger angeboten und von der Stadt durch eine Subventionierung unterstützt werden. Daneben muss die Stadt auch eine existenzsichernde Entlohnung dieser im Bereich der Erwachsenenbildung unterrichtenden Dozent*innen gewährleisten.

Die Linke fordert deshalb:

● eine stärkere Subventionierung von Volkshochschulkursen für die berufliche Weiterbildung speziell für Menschen mit geringem Einkommen. Wir wollen eine 100 %-Bezuschussung von VHS-Kursen für Inhaber des Karlsruher Passes.

● tarifliche Bezahlung der Dozent*innen mindestens gemäß dem TV-L.

● Information aller Erwerbstätigen über ihren Anspruch auf Bildungsurlaub bzw. „Bildungszeit“ durch die Stadt.

● Beratung aller Jugendlichen, Die die Schule ohne einen Abschluss verlassen, mit dem Ziel, ihnen einen Schulabschluss zu ermöglichen.

● Intensivierung der Kooperation mit Bildungsträgern und städtischen Einrichtungen, um geeignete Fort- und Weiterbildungsangebote für Mitarbeiter*innen der Stadt und der Tochterunternehmen zu entwickeln und anzubieten.

● Teilnehmer*innengebühren müssen bezahlbar sein. Eine Auslese über die Kostenbeteiligung lehnen wir ab.

● Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben. Die VHS darf nicht für betriebliche Fort- und Weiterbildung zweckentfremdet werden.

VII. Kultur schaffen und erleben.

Vielfältige Kulturlandschaft für alle

Die Linke tritt für eine Kulturpolitik ein, die sowohl eine selbstorganisierte Kulturszene aus freien Theatern, Kulturvereinen und Soziokultur als auch die großen Kulturinstitutionen, wie Staatstheater oder ZKM miteinschließt und allen Akteur*innen und Agierenden den Raum zur Entfaltung bietet.

Wir sind der Überzeugung, dass Kultur zugänglich für alle Bürger*innen der Stadt Karlsruhe sein muss – es kann nicht sein, dass der Zugang zu Kunst und Kultur vom Geldbeutel und sozialer Situiertheit bestimmt wird. Die Vielfalt der Kulturszene in Karlsruhe leidet darunter, dass öffentliche Unterstützung immer unsicherer wird und die Selbstausbeutung von Künstler*innen zunimmt.

Die Stadt kann aber dafür sorgen, dass im kommunalen Kino und in öffentlich geförderten Theatern, Museen, Projekten und Einrichtungen viele weitere attraktive Zugänge zu Kunst, Kultur und sinnvoller Freizeitgestaltung geöffnet werden, die tatsächlich für alle offen und zugänglich sind. In diesem Sinne versteht Die Linke Kultur als Pflichtaufgabe der Kommune, denn nur mit einer vielfältigen, zugänglichen Kulturlandschaft kann Karlsruhe eine attraktive und lebenswerte Stadt sein.

Kunst- und Kulturschaffende sollen in Karlsruhe gute Lebens- und Arbeitsbedingungen vorfinden. Derzeit dominieren im Kultursektor prekäre Beschäftigungsverhältnisse durch projektbezogene Aufträge, eine geringe soziale Absicherung und Löhne oft unterhalb der Existenzsicherung. Hier besteht Handlungsbedarf, denn ohne gut ausgebildetes Personal mit angemessener Bezahlung lässt sich die Qualität von Kultur in Karlsruhe nicht sichern.

Eines der größten Probleme für Kunst und Kultur in Karlsruhe ist neben der Kürzungspolitik der Raummangel. Kunst und Kultur darf nicht gegen Wohnen und Gewerbe ausgespielt werden, sondern muss eine gleichberechtigte Stellung einnehmen.

Unsere Kernpunkte:

- Kultur für Alle
- Gute Arbeitsbedingungen im Kulturbereich
- Mehr Raum für Kultur

Die Linke Karlsruhe tritt dafür ein, dass

● alle Haushaltskürzungen im Kulturbereich zurückgenommen werden.

● Zuschüsse vor allem für kleineren Kultureinrichtungen dynamisiert werden - als Ausgleich von Inflation und steigenden Mieten. Eine solche Anpassung der Zuschüsse trägt auch dazu bei, dass Tarifsteigerungen für Mitarbeitende gezahlt werden können.

● eine soziale Preispolitik bei allen Kultureinrichtungen und ein breites Angebot von kostenlosen oder zumindest kostengünstigen Kulturveranstaltungen stattfindet.

● Jugendliche unter 18 Jahren kostenfreien Eintritt in städtische Kultureinrichtungen haben.

● Kultur für Menschen aller Alters- und Einkommensgruppen erfahrbar wird und vor allem für Familien kostengünstiger Eintritt in die Kultur- und Freizeitangebote wie das Badische Staatstheater, Museen, Zoos, Sportevents, Schwimmbäder ermöglicht wird.

● Die Gebührenerhöhungen rückgängig gemacht werden und dass ein vergünstigtes Kultur- und Freizeitangebot für Kinder, Auszubildende, Studierende, Erwerbslose, Geringverdiener, körperlich beeinträchtigte Personen und Rentner*innen ausgebaut wird.

Gute Arbeitsbedingungen im Kulturbereich.

● Die Stadt muss bei von ihr geförderten Institutionen auf gute Arbeitsverhältnisse bestehen. Einjahresverträgen, befristeten Verträge sowie Stundenlöhnen von weniger als 15 € lehnen wir ab.

● Wir wollen die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in der Kulturbranche verbessern und die Arbeitnehmer*innenvertretungen in den Institutionen stärken.

● Bildende Künstler*innen müssen eine Ausstellungsvergütung erhalten. Sie werden im Gegensatz zu Musiker*innen bisher nicht für die Präsentation ihrer Werke entlohnt.

● Die Stadt muss sich für demokratische, basisorientierte Strukturen im Sinne der Beschäftigten stark machen, um gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten zu ermöglichen und Machtmissbrauch zu verhindern.

● Wir streben einen Platz im Verwaltungsrat des Staatstheaters an. Nach dem jahrelangen Versagen des Gremiums, müssen die bekanntgewordenen Missstände aktiv angegangen und die Perspektive der Beschäftigten stark gemacht werden.

Raum für eine vielfältige Kulturlandschaft.

Wir setzen uns dafür ein, dass

● die Stadt sich bei der Kulturförderung nicht nur auf große Institutionen fokussiert, sondern auch kleinere Projekte stärker fördert.

● die Stadt die Kreativwirtschaft in stärkerem Maße unterstützt und durch die Vermittlung preiswerter Gewerberäume für Kulturschaffende, Kunstwerkstätten und andere Hilfen die materiellen, finanziellen und personellen Rahmenbedingungen der Arbeit von Künstler*innen in Karlsruhe verbessert. Wir wollen Anlauf- und Beratungsstellen ausbauen.

● die Stadt einen Investitionsfonds gründet, mit dem Flächen und Räumlichkeiten für Kunst und Kultur vom freien Markt zurückgekauft werden sollen.

● die Stadt bei zukünftigen Neubauprojekten sicherstellt, dass auch neue Räumlichkeiten für Ateliers und Proberäume entstehen.

● Bebauungspläne in Gewerbe- und Industriegebieten, geändert werden, um eine kulturelle Nutzung von Räumlichkeiten in diesen Gebieten zu ermöglichen. Bisher ist bei einem großen Teil der Gewerbegebiete Kultur explizit ausgeschlossen.

● die Stadt eine Strategie zur gezielten Ansiedelung kultureller Einrichtungen im Stadtzentrum zur Belebung der Innenstadt entwickelt, z.B. in der Nähe des Kronenplatzes.

● bei Entscheidungen über die Nutzung von leer stehenden öffentlichen Räumen und Gebäuden der Bedarf für diverse kulturelle Veranstaltungen und die Kulturproduktion berücksichtigt wird, der für Vereine, Initiativen und freie Künstler*innen erschwinglich und leicht zugänglich sein muss.

● bei vorsätzlichem Leerstand von Gewerberäumlichkeiten aus privater Hand, diese zur Zwischennutzung Künstler*innen zur Verfügung gestellt werden.

● die Stadt kostenfreie Räume schafft, in denen Künstler*innen Projekte verwirklichen können, ob hauptberuflich oder Bürger*innen in ihrer Freizeit. Raumbrachen sollen u.a. auch von Kulturschaffenden für Projektarbeiten genutzt werden können.
● alternative, selbstorganisierte Kulturräume erhalten, ausgebaut und stärker gefördert werden.

● das ehemalige ROTAG-Gelände in Grünwinkel zu einem Kulturzentrum mit Veranstaltungs- und Ausstellungsräumen, Proberäumen und Ateliers für die freie Musik- und Kunstszene in Karlsruhe weiterentwickelt wird.

● die Majolika als Haus der Kunst weitergeführt wird: Aufrechterhaltung des Betriebs der Majolika und Ausbau von Bildungs- und Forschungsaktivitäten in Zusammenarbeit mit Karlsruher Hochschulen. Vergabe von freien Flächen für Ateliers.

● die Bereitstellung von öffentlichen Plätzen für soziokulturelle Feste und Veranstaltungen priorisiert wird - gegen die schleichende Privatisierung des öffentlichen Raums.

● mehr Graffitiwände im öffentlichen Raum.

● eine lebendige Clubkultur. Dazu gehört die Abschaffung der Sperrstunden für Clubs und Kneipen. Die Stadt soll ein Konzept für eine vielfältige Clubszene außerhalb des Mainstreams entwickeln.

● wieder mehr Nightliner-Busse eingesetzt werden, um Teilhabe am Club- und Nachtleben zu ermöglichen - Clubs und Nachtleben sind Teil der Kultur.

Kulturelle Bildung für Klein und Groß.

Wir fordern, dass

● Bibliotheken samt Bücherbus als wichtige Faktoren und fester Bestandteil des Kulturlebens unserer Stadt erhalten und weiter gefördert werden. Die Sanierung des Prinz Max Palais halten wir für unabdingbar.

● die Kultur in den Stadtteilen mehr gefördert wird: z.B. mehr Jugendzentren, Mehrzweckkultureinrichtungen, Bibliotheken, sowie die Schaffung nicht-kommerzieller Räumen, die von allen Bürger*innen zu Treffen genutzt werden können.

● in Zusammenarbeit mit Kindertagesstätten und Schulen verstärkt Kinder und Jugendliche Kunst erleben und selbst produzieren können. Die Stadt muss solche Kunst- und Kulturprojekte stärker fördern, speziell in wirtschaftlich schwachen Stadtteilen mit hoher

Erwerbslosigkeit.

● die Stadt einen finanziellen Sondertopf anlegt, um allen Karlsruher Kindern das Erlernen eines Musikinstruments zu ermöglichen. Wir wollen die verstärkte Förderung des musischen Unterrichts durch die Bereitstellung nötiger Räume durch die Stadt.

● eine stärkere Förderung der Aufarbeitung des Faschismus und die Errichtung von Gedenkstätten an historischen Orten betrieben wird.

Selbstgestaltete Jugendkultur fördern.

Wir wollen, dass Karlsruhe eine kinder- und jugendfreundliche Stadt ist. Für uns hat dabei die Schaffung von Bedingungen zur Chancengleichheit für alle Kinder oberste Priorität. Dazu gehören Fragen eines qualitätsvollen Bildungsangebotes von den Kindertagesstätten über Grund- und weiterführende Schulen bis zu Angeboten der Berufsausbildung und der Hochschulentwicklung ebenso wie die Sicherung von Jugendfreizeitangeboten und, wo nötig, einer qualifizierten sozialen Betreuung und Beratung.

Wir als Linke wollen

● eine bessere Finanzierung der Jugendsozialarbeit und mehr Beratungsstellen.

● dass die wertvolle Arbeit des stja (Stadtjugendausschuss) weiterhin mindestens in gleichem Umfang unterstützt wird. Die Gelder für den stja dürfen nicht gekürzt werden.

● unkommerzielle und attraktive Freiräume für Jugendliche schaffen. Diese Räume sollen von den Jugendlichen selbst gestaltet werden können. Dazu gehören auch autonome Jugendzentren.

● kostenlosen Eintritt für Kinder, Jugendliche, Auszubildende und Studierende in Einrichtungen der kommunalen Hand wie Schwimmbäder, Bibliotheken, Theater. Mit privaten Einrichtungen soll von der Stadt über Möglichkeiten der Subvention gesprochen werden.

● die Einrichtung von Kinder- und Jugendgemeinderäten, die selbstständig über die Vergabe von Haushaltsmitteln entscheiden können und fordern die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für die Förderung von eigenen Initiativen.

● mehr Sport- und Freizeitplätze sowie die Bereitstellung von Räumlichkeiten zur Ausübung verschiedener Aktivitäten wie z.B. Fußball- und Skaterplätze.

● Förderung der Jugendkultur (geeignete Flächen für Sprayer, Plätze für Skater, Übungsräume für Rock-Musik etc.).

● die weitere Errichtung von Kinderspielplätzen und eine Verbesserung der Gerätesituation auf bestehenden Spielplätzen in allen Stadtteilen, die auch Kinder und Jugendliche mit Behinderung berücksichtigen.

● die Förderung ehrenamtlichen Engagements in der Jugendarbeit durch Bereitstellung angemessener finanzieller Mittel und Pflege einer Anerkennungskultur.

● den Ausbau von Jugendwerkstätten mit einem breiten Ausbildungsangebot. Betreiber dieser Werkstätten können sowohl Stadt als auch freie Träger sein. Solche Angebote richten sich in erster Linie an diejenigen, die innerhalb des bestehenden Systems benachteiligt sind.

Breitensport fördern statt Kommerz.

Für Die Linke ist Sport und Sporttreiben ein soziales Recht der Menschen, dessen Wahrnehmung der sinnvollen Freizeitgestaltung und dem persönlichen Wohlbefinden dient. Sport kann das Selbstvertrauen stärken und die eigenen Fähigkeiten bewusst machen.

Sport kann Barrieren überwinden, die Integration fördern und Rassismus und Fremdenfeindlichkeit entgegenwirken. Die Aufgabe der Stadt ist dabei die Förderung von Freizeit- und Breitensport, Vereinssport und Nachwuchsförderung.

Das heißt für Die Linke

● eine bedarfsgerechte und verlässliche Förderung der Amateursportvereine auf der Grundlage eines kommunalen Sportförderprogramms.

● Unterstützung aller Karlsruher Profisportvereine. Sie leisten einen wichtigen Beitrag für das städtische Leben.

● eine bessere Ausstattung des Amateur- und Breitensports. Die Sportplätze und Sporthallen müssen schneller saniert und neue gebaut werden.

● in allen Stadtteilen Sportplätze in den Wohngebieten für den Freizeitsport zu erhalten; ggf. neu zu errichten. Die kostenlose Bereitstellung kommunaler Sportanlagen ist dabei Grundvorrausetzung.

● Plätze und Räume für Bewegungs- und Trendsportarten (bspw. Skaten und Parcour) erhalten und ausbauen. Weggefallene Plätze müssen ersetzt werden.

● Initiativen von Sportvereinen, ihre Sportstätten qualitativ zu verbessern, zu unterstützen.

● dass die Stadt die Gebühren für eine Mitgliedschaft in einem Sportverein von jedem Kind für das 1. Jahr nach der Einschulung übernehmen soll. Dies soll dafür sorgen, dass mehr Kinder in den Vereinen sportlich aktiv werden.

● die weitere Entwicklung von sportlichen Integrations- und Inklusionsprojekten in den Vereinen und Organisationen des Sports, um insbesondere Werte wie Toleranz, Respekt und Fairness in die Gesellschaft hineinzutragen und zu vermitteln.

● Förderung von Sportangeboten in den Stadtteilen, Senioreneinrichtungen, Schulen und Kitas durch mobile Angebote.

● dass Sportstätten für Menschen mit Behinderung barrierefrei zu gestalten sind.

● einzutreten für die Einführung eines „Sportpasses“ in Karlsruhe, der finanziell Benachteiligten den Besuch professioneller Sportveranstaltungen ermöglicht. Der Besuch von Sportveranstaltungen hat sich in unserer Gesellschaft zur kulturellen Teilhabe entwickelt und sollte allen ermöglicht werden.

● einzutreten für eine bessere Unterstützung der Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für Übungs- und Spielleiter*innen sämtlicher Sportarten. Ein Sport kann nur ordentlich erlernt und ausgeübt werden, wenn dieser von gut ausgebildeten Trainer*innen weitergegeben und Schiedsrichter*innen geleitet wird.

● sportliche Erfolge sind ein positives Image für die Stadt. Dazu gehören auch die erfolgreichen Leistungssportler*innen unserer Stadt sowie die erfolgreichen Vereine. Neben den sozialen und Image prägenden Funktionen, tragen viele Vereine in ihrer Arbeit auch einer weiteren Funktion des Sports zunehmend Rechnung. Ehemalige Leistungssportler sollen bei der Weiterentwicklung des städtischen Förderprogramms miteingebunden werden.

● eine stärkere Gewaltprävention im Amateur- und Breitensport. Sport fordert und fördert einen fairen und respektvollen Umgang.

Vereine erhalten und stärken.

Vereine leisten einen unverzichtbaren Beitrag für das gesellschaftliche Zusammenleben.

Als Linke wollen wir diese Vereine und mit ihnen Tausende Ehrenamtliche stärker unterstützen. Ohne sie wäre die Stadt bedeutend lebensärmer. Wir werden uns im Gemeinderat dafür einsetzen, sie besser in ihrer Arbeit zu unterstützen.

Die Linke tritt dafür ein, dass

● die Raumsituation für private Vereine durch die Öffnung städtischer Räumlichkeiten und ggf. finanzieller Unterstützung verbessert wird.

● die finanzielle Förderung der Vereine erhöht wird, statt weiter zu kürzen. Speziell bei hohen Investitionen von Vereinen in die Infrastruktur oder verschiedene Anschaffungen soll die Stadt bei der Kreditvergabe unterstützen, anteilige Zuschüsse geben und/oder Bürgschaften übernehmen.

● dass die Stadt Hinzugezogene auf die Vereine in ihrer Umgebung und auf Beteiligungsmöglichkeiten hinweist.

● die Stadt Vereine beim Ausbau von digitalen Informationsportalen unterstützt.

● Vereine im Bereich Kunst, Kultur und Sport subventioniert werden, um einen sozialen Ausgleich zu schaffen. Kostenpflichtige Einrichtungen, wie z.B. Musikschulen und Sportvereine, müssen in die Lage versetzt werden, einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen – jenseits von wirtschaftlichem Denken – Ermäßigungen zu gewähren.

● die finanzielle Aufwandsentschädigung von Ehrenamtlichen ausgebaut wird. Dabei wollen wir darauf achten, dass die Ehrenamtlichen nicht hauptamtliche Mitarbeiter ersetzen.

Der KSC.

● Der Neubau des KSC-Stadions ist weitgehend abgeschlossen. Die Linke-Fraktion hat grundsätzlich den Stadionneubau unterstützt. Wir gehen jedoch davon aus und fordern, dass die Kosten vom KSC über die jährliche Pacht tatsächlich abgezahlt werden.

● Der vom Gemeinderat beschlossene Finanzrahmen muss eingehalten werden. Es sollen keine weiteren Maßnahmen finanziert werden.

● Die Refinanzierungskalkulation des Stadions muss auf Grundlage eines dauerhaften Verbleibs des Karlsruher Sport-Clubs in der 2. und auch in der 3. Liga erfolgen – ein längerer Rückzahlungszeitraum muss hierzu eingeräumt werden. Verschiedene Beispiele im Profifußball zeigen, dass eine unrealistische Einschätzung des sportlichen Erfolgs beim Stadionneubau enorme Risiken bis zur Insolvenz mit sich tragen.

● Die Stadt soll mittels ihrer Rolle als Kreditgeberin den KSC dazu verpflichten, dass trotz neuen Stadions Steh- und Sitzplätze weiterhin günstig und im Rahmen ihres bisherigen Preisniveaus bleiben, damit der Profisport für alle Gesellschaftsschichten zugänglich bleibt.

● Die Entwicklung der Ticketpreise bedroht zunehmend die Fankultur. Stadionbesuche müssen für Alle erschwinglich bleiben. Die Gastronomie gehört zum Besuch eines Fußballspiels dazu und muss kostengünstig sein.

● Die Stadt Karlsruhe soll gemeinsam mit dem KSC für Inhaber des Karlsruher Passes, des Karlsruher Kinderpasses und des Karlsruher Pass 60 Plus zwei Freikarten für Ligaspiele des KSC zur Verfügung stellen. Auch Menschen mit geringem Einkommen sollte es ermöglicht werden, ein Spiel des KSC besuchen zu können.

● Beim Erstellen von Sicherheitskonzepten soll mit den organisierten Fan-Strukturen zusammengearbeitet werden. Hier gilt es die Arbeit der sozialarbeiterischen Fanprojekte zu stärken zu sichern und zu schützen.

● Maßnahmen wie personalisierte Tickets, Videoüberwachung im Stadion, zunehmende Repressionen sowie die Kriminalisierung von Fan-Strukturen lehnen wir ab.

● Die Linke ist gegen die weitere Kommerzialisierung des Fußballs. Die Interessen der Fans müssen im Mittelpunkt von Entscheidungen stehen, nicht die Kapitalinteressen.

● Im Stadion muss eine gemeinsame Anlaufstelle von Stadt und KSC während sportlicher Ereignisse für Betroffene von Gewalt und Diskriminierung geschaffen werden.

● Die Linke setzt sich für eine klare Positionierung des KSC und anderer Profisportvereine gegen Diskriminierung jeglicher Art ein. Es bleibt dabei: Kein Fußball den Faschisten! Nazis raus aus den Stadien!

● Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt einen Teil des vom KSC zurückbezahlten Kredits zur Investition in den Amateursport nutzt.

● Kontakte und Kooperationen mit dem Amateursport müssen ausgebaut werden. Dazu gehören vermehrt Familientage sowie Freikartenkontingente für Amateurvereine für Ligaspiele des KSC.

● Die Linke setzt sich für Gleichbehandlung und Gleichberechtigung ein. Obwohl ein komplett neues Stadion samt Nebenplätzen gebaut wurde, tragen die Fußball-Frauen des KSC e.V. ihre Trainings- und Spieleinheiten nicht auf dem KSC-Gelände, sondern auf Plätzen anderer Sportvereine aus. Dies ist für uns nicht tragbar. Wir fordern, dass sich die Stadt Karlsruhe beim KSC e.V. dafür einsetzt, Diese Ungleichbehandlung schnellstmöglich zu beenden.

VIII. Gute Gesundheitsversorgung orientiert am medizinischen Bedarf

Für uns ist eine bedarfsorientierte medizinische Versorgung der Bevölkerung von zentraler Bedeutung. Das Gesundheitswesen ist essenzieller Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge und muss entsprechend finanziert werden. Das Gesundheitswesen darf nicht zur Erzielung größtmöglicher Profite dem freien Markt überlassen werden.
Die Profitorientierung ist ein Grund für viele Krankenhausschließungen. Dies führt bei den bestehenden Kliniken zu einer erhöhten Arbeitsbelastung und beeinträchtigt sowohl Personal als auch Patient*innen. So werden die Gesundheitsversorgung für Patient*innen und die Arbeitsbedingungen für das Personal laufend verschlechtert.

Als Linke setzen wir uns für ein umfassendes Gesundheitssystem ein, das allen Menschen unabhängig von ihrer sozialen oder finanziellen Lage den gleichberechtigten Zugang zu hochwertiger medizinischer Versorgung ermöglicht.

Die Gesundheitspolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die verschiedene Bereiche wie Bildung, Umwelt, Feminismus, Arbeit und Wohnen betrifft – denn Gesundheit ist mehr als die Abwesenheit von Krankheit.

Unsere Kernpunkte:

- Gesundheitsversorgung in öffentliche Hand
- Legalen Zugang zu Schwangerschaftsabbruch gewährleisten

Gute Arbeit schafft gute Gesundheitsversorgung

Die schlechten Arbeitsbedingungen wirken sich schon lange auf die Attraktivität der Berufe im Gesundheitswesen aus. Während der Corona-Pandemie hat sich die prekäre Lage weiter zugespitzt und immer mehr Menschen geben ihren Beruf auf. Um nachhaltig ein am Bedarf ausgerichtetes Gesundheitssystem zu etablieren, müssen die Arbeitsbedingungen

massiv verbessert werden, um die systemrelevanten Berufe aufzuwerten.

Wir setzen uns daher dafür ein

● dass die öffentliche Gesundheitsvorsorge ausgebaut wird und Klinikschließungen verhindert werden.

● dass Privatkliniken rekommunalisiert werden. Gesundheitsvorsorge gehört in öffentliche Hand - auf Kosten von Patient*innen darf kein Profit erwirtschaftet werden.

● dass die Personalsituation im städtischen Klinikum verbessert wird. Dies gelingt nur mit einer Besserbezahlung der Pflegekräfte, um sie langfristig an die Klinik zu binden und für neues Personal attraktiv zu sein. Insbesondere möchten wir für Karlsruhe eine Ballungsraumzulage von 300 € im Monat, wie Die Linke schon seit 2022 fordert.

● dass die Ausbildung im städtischen Klinikum verbessert wird. Dafür brauchen Azubis und Studierende mehr Zeit für umfassende Anleitung. Deswegen fordern wir mehr Ausbilder*innen und in die Ausbildung integrierte Anleitungsstunden. Die Azubis sollen so mehr Zeit zum Lernen erhalten und dürfen nicht als billige Hilfskräfte ausgenutzt werden.

● dass der Rettungsdienst Schlüssel und Transponder für Poller von allen öffentlichen Plätzen (z.B. Werderplatz und Marktplatz) erhält, um die Wege zu verkürzen.

Geburtshilfe und sichere Geburt

Hebammen - und damit auch die werdenden Eltern - leiden unter dem steigenden Druck im Gesundheitswesen. Auch in diesem Bereich fordern wir die Entökonomisierung, damit die Frage nach Kindern nicht an schlechter Versorgung scheitern muss. Wir setzen uns für eine wohnortnahe Geburtshilfe und die freie Wahl des Geburtsortes ein. Familien haben einen Anspruch auf Hebammenbetreuung von Beginn der Schwangerschaft bis über das erste Lebensjahr hinaus.

● Wir fordern den Stopp des Abbaus von Entbindungsstationen. Die Anzahl der Kreißsäle muss wieder aufgestockt werden, um eine sichere Betreuung von Gebärenden zu gewährleisten.

● Es muss mindestens ein Geburtshaus errichtet werden.

● Die frauenzentrierte Geburtshilfe in der Klinik muss gefördert werden.

● Viel zu oft erfahren Frauen Gewalt bei der Geburt, indem ihre Rechte und Bedürfnisse übergangen werden. Deswegen müssen die Ergebnisse des Runden Tisches "Geburtshilfe Karlsruhe" in innovative Versorgungskonzepte umgesetzt werden. Eine regelmäßige Evaluation der Geburtshilfe soll stattfinden. Die Stadt muss ihre Einflussmöglichkeiten nutzen, um Hebammen in der Klinik und in der freiberuflichen Tätigkeit zu stärken.

● Das Kurskonzept bei der Hebammen-Ausbildung muss ausgebaut werden.

● Die Versorgung der Familien im Wochenbett muss evaluiert werden.

● Für Hebammen fordern wir einen kostenloses Anwohnerparkschein in der Stadt, im Landkreis sowie die kostenlose Nutzung des ÖPNV.

Schwangerschaftsabbrüche als Teil der Gesundheitsversorgung.

Sichere Schwangerschaftsabbrüche sind Teil einer guten Gesundheitsversorgung. Besonders aus feministischer Perspektive muss der Zugang zu sicheren Abbrüchen gewährleistet werden, denn die Entscheidung über eine Schwangerschaft ist eine persönliche und individuelle Angelegenheit, die Frauen* selbst treffen sollten. Das Recht auf sichere Schwangerschaftsabbrüche ermöglicht es Frauen*, über ihren eigenen Körper und ihre

reproduktive Gesundheit selbst zu bestimmen. Man darf nicht vergessen, dass der Schwangerschaftsabbruch in Deutschland grundsätzlich im Strafgesetzbuch geregelt ist, er ist nur unter bestimmten Voraussetzungen straffrei. Dadurch werden sowohl Frauen* wie auch medizinisches Personal von vornerein kriminalisiert. Wir unterstützen daher auf Bundesebene die Abschaffung des Paragrafen 218.

In Karlsruhe gibt es wenige Praxen, in denen Abbrüche nach der Beratungsregel durchgeführt werden und nur eine, in der die Wahlfreiheit der Methode besteht. Wir setzen uns für eine Verbesserung der Gesundheitsversorgung in diesem Bereich ein.

● In Karlsruhe soll ein ärztliches Angebot zum legalen Schwangerschaftsabbruch sichergestellt werden. Deshalb muss auch das städtische Klinikum als Haus der Maximalversorgung regulär Schwangerschaftsabbrüche nach der Beratungsregel durchzuführen, nicht nur als Urlaubsvertretung.

● Es muss für die Betroffenen eine Wahlmöglichkeit zwischen medikamentösem und operativem Abbruch gewährleistet werden.

● Da Schwangerschaftsabbrüche noch kein Teil der Facharztausbildung sind, soll im Städtischen Klinikum eine Fortbildung für die Mediziner*innen angeboten werden.

● Die Stadt Karlsruhe soll auf ihrer Website umfassend über die Möglichkeit der Kommune zu Beratung oder Abbrüchen informieren.

Gute Gesundheitsvorsorge in allen Quartieren.

Damit in Karlsruhe für alle Stadtteile eine gute Gesundheitsfür- und -vorsorge organisiert werden kann, muss eine gute Planung erfolgen – wie zum Beispiel mit dem Konzept der sorgenden Stadt. Dieses Konzept bezieht sich auf eine integrative und ganzheitliche Herangehensweise an die kommunale Stadtteilentwicklung und Gesundheitspolitik. Es geht darum, Städte und Stadtteile so zu gestalten, dass sie die Bedürfnisse und das Wohlbefinden ihrer Bewohner*innen in den Mittelpunkt stellen.

● Im Rahmen von Stadtteilentwicklungskonzepten sollen Arztpraxen für Allgemeinmediziner*innen und Fachärzt*innen in allen Stadtteilen gezielt auch in Ärztehäusern im Sinne von „Primärversorgungszentren“ angesiedelt werden.

● Für Vereine wie Sozpädal muss die Aufnahme in stationäre Einrichtungen für ihre Klient*innen erleichtert werden, vor allen in den Bereichen, Psychiatrie, Entgiftung und Langzeittherapie.

● Karlsruhe soll die Finanzierung von Programmen zur Förderung von Prävention und Gesundheitsförderung wie beispielsweise die ZeSIA (Zentrum für sexuelle Gesundheit, Identität und Aufklärung Karlsruhe; ehemals Aidshilfe) ausbauen.

IX. Für einen Linken Feminismus – Karlsruhe als „Sorgende Stadt“

Wir wollen aus Karlsruhe eine Sorgende Stadt machen, denn hier stehen das Wohlbefinden und die Lebensqualität aller ihrer Bewohner*innen im Zentrum.

Wie kann das aussehen?

Eine sorgende Stadt bietet eine gut ausgebaute soziale Infrastruktur, die den Bedürfnissen der Bewohnerinnen und Bewohner gerecht wird. Das umfasst zum Beispiel die Nähe innerhalb eines Wohnviertels zu Bildungseinrichtungen, Gesundheitszentren, Freizeiteinrichtungen, öffentlichen Plätzen und Parks oder kurzgefasst: eine Sorgende Stadt ist eine Stadt der kurzen Wege. Straßen und Parks sind so gestaltet, dass Frauen und Queers im Dunkeln weniger Angst vor Gewalt haben müssen. Die Stadt ist barrierefrei, Bus und Bahn

sind kostenfrei. Sorge- bzw. Care-Arbeit liegt nicht mehr in privater Verantwortung und damit in der scheinbar natürlichen Zuständigkeit von Frauen*, sondern in gesellschaftlicher Verantwortung.

Klingt nach Utopie?

Mag sein. Doch andere Städte machen es uns bereits vor: In Barcelona liegt Sorgearbeit im Zentrum einer kommunalen Wirtschaftspolitik. Eine „Care-Karte“ entlastet Menschen mit besonderer häuslicher Sorgeverantwortung durch einen privilegierten Zugang zu städtischen Sorge-Infrastrukturen und sozialen Diensten. In Madrid werden soziale Praxen und Initiativen geteilter Sorgearbeit unterstützt, um diese Arbeit weiterzuentwickeln und in Chile konnten einzelne Städte durch Selbstorganisation von Nachbar*innen Apotheken einrichten, die wichtige Medikamente weit unterhalb des Marktwerts angebieten.

Und in Deutschland? In Karlsruhe?

Auch hier mehren sich Proteste und Selbstorganisierungen rund um das Care-Thema. In Freiburg wurden zum Beispiel bereits Ideen entwickelt, wie sich Organisierungsansätze und demokratische Bedarfsplanung verbinden lassen. Wir wollen als Karlsruhe eine Vorreiterrolle einnehmen und das Konzept der Sorgenden Stadt ins Zentrum einer feministischen Stadtentwicklung stellen.

Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit.

Die wachsende Armut in diesem Land trifft besonders Frauen*. Viele von ihnen arbeiten in Jobs mit niedrigen Löhnen oder sind häufiger in unfreiwilliger Teilzeit. Zudem sind Frauen* im Ruhestand besonders oft von Altersarmut betroffen. Besonders zu kämpfen haben Alleinerziehende, denn sie haben das größte Armutsrisiko in Deutschland. Die Ursachen liegen unter anderem darin, dass unbezahlte gesellschaftliche Arbeit (Erziehung, Pflege von Angehörigen, Haushalt) nach wie vor hauptsächlich Frauen* zugeschrieben und von ihnen übernommen wird. Eine weitere Ursache ist die ungerechte Bezahlung von gesellschaftlich wichtiger Arbeit, die besonders oft von Frauen* übernommen wird, wie zum Beispiel die Kranken- und Altenpflege oder Kindererziehung.

Geschlechtergerechtigkeit spielt oft eine untergeordnete Rolle in politischen Gremien, auch weil zu wenig kommunale Mandatsträger Frauen* sind - und weil sich Männer bislang zu wenig zuständig fühlen. Wir als Linke streiten für echte Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit.

Deshalb setzt sich Die Linke ein für

● eine kommunale Verwaltung, die in allen ihren Bereichen ein Vorbild für existenzsichernde und abgesicherte Arbeitsplätze für Frauen* und Männer darstellt. Dazu gehören anonymisierte quotierte Bewerbungsverfahren, die Diskriminierung jeglicher Art zu vermeiden helfen.

● eine kommunale Verwaltung, Die Gleichstellung der Geschlechter fördert, indem Familien- und Berufsarbeit für Frauen* und Männer gleich gut vereinbar sind. Wir fordern eine Quotierung auf allen Beschäftigungsebenen und dass die Kommune als Auftraggeberin in der Wirtschaft Geschlechtergerechtigkeit fordert und fördert.

● eine Besetzung der Hälfte aller politischen Gremien, z.B. in Ausschüssen und Aufsichtsräten und Leitungspositionen in der Verwaltung mit Frauen*. Um dies zu erreichen, fordert Die Linke gute Fortbildungsmaßnahmen, welche sich auch speziell an Frauen* richten, die bereits in der Verwaltung tätig sind.

● den Ausbau der KiTas und der Freizeit- und Ferienangebote für Kinder, der Anpassung der Betreuungszeiten an die Arbeits- und Schichtzeiten und ein verbessertes Angebot der

Ganztagsschulen.

● eine bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen von Erzieher*innen und Pfleger*innen. Dazu gehört auch eine verbesserte Möglichkeit zur Weiterbildung. Die Linke arbeitet auf diesem Feld eng mit den Gewerkschaften zusammen.

● die Erarbeitung eines Maßnahmenkataloges zur besonderen Unterstützung von Alleinerziehenden u.a. bei der Wohnungsbeschaffung, Kinderbetreuung und Versorgung im Krankheitsfall.

● eine Überprüfung aller Maßnahmen der Stadt auf ihre Auswirkungen auf Geschlechtergerechtigkeit (Gender Budgeting) um dadurch eine gerechtere Verwendung von Steuergeldern zu erreichen.

Gegen Sexismus – Leben frei von Gewalt.

Wir als Die Linke wollen, dass Menschen gewaltfrei und vertrauensvoll zusammenleben und sich selbstbewusst in der Welt bewegen können. In einer patriarchalen Gesellschaft sind vor allem Frauen* einem alltäglichen Sexismus und sexualisierter Gewalt ausgesetzt. Dies sind Mittel der Machtausübung, ebenso wie die so genannte „häusliche Gewalt“, die viele Frauen und Kinder erleben. Dass auch Männer Gewalt durch Frauen* erleben, ist bislang ein stark tabuisiertes Thema.

Die Linke setzt sich für alle Formen der Bekämpfung und Prävention von Gewalt gegen alle Menschen ein. Betroffene brauchen einen sicheren, schnellen und bedarfsgerechten Schutz und qualifizierte Hilfe. Die Konsequenzen aus der „Istanbuler Konvention“, einer EU-Richtlinie zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen* und „häuslicher Gewalt“, sind auch auf kommunaler Ebene zu prüfen, ein erstes Teilkonzept zur Umsetzung und eine Bedarfsanalyse für Karlsruhe liegen bereits vor. Die darin identifizierten Maßnahmen zur Verhinderung von häuslicher und sexueller Gewalt sowie Zwangsprostitution sind umzusetzen und Versorgungslücken zu schließen.

Die Linke fordert

● die Umsetzung der Maßnahmen aus dem Konzept zur Umsetzung der Istanbulkonvention und dessen Fortschreibung. Hierzu bedarf es einer dauerhaften Koordinierungsstelle.

● den Ausbau von Frauenhäusern, Zufluchtsorten und Fachberatungsstellen für Menschen, die von Gewalt betroffen bzw. bedroht sind sowie eine langfristige finanzielle Absicherung dieser Einrichtungen seitens der Kommunen.

● die finanzielle Absicherung bereits bestehender Angebote wie den Tagestreff für Frauen* von Sozpädal. Etwaige Kürzungen im Rahmen des Haushaltsstabilisierungsprozesses müssen zurückgenommen werden.

● die Bereitstellung von Wohnungen für von Gewalt Betroffene, damit sie wieder in ein unabhängiges Leben frei von Gewalt finden können.

● ein Verbot sexistischer Werbung in kommunalen Publikationen, auch der Eigenbetriebe und Gesellschaften sowie im öffentlichen Raum durch Die Verankerung des Verbots in den Städtewerbungsverträgen. Hier konnten wir bereits eine Verschärfung der Richtlinien erwirken.

● die kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln.

● eine bedürfnisorientierte Unterbringung und ausreichend Schutzräume für geflüchtete Frauen* und Kinder.

● einen Notrufknopf an Karlsruher Bahn- und Bushaltestellen.

● dass Zwangsprostitution als Menschenhandel bekämpft wird, ohne die zur Prostitution gezwungenen Menschen zu bekämpfen. Die Linke will Opfer von Menschenhandel besser schützen. Für die Betroffenen von sexueller Ausbeutung fordern wir Therapiemittel, medizinische sowie psychologische Betreuung, Rechtsbeistand und Rechtshilfe, Zugang zu sozialen Leistungen und Bildungsangebote.

Für einen legalen Schwangerschaftsabbruch.

Wir wollen, dass die sexuelle Selbstbestimmung der Frauen gewahrt wird. Da jedoch der Schwangerschaftsabbruch noch im deutschen Strafgesetzbuch steht und die Aufklärung zu straffreien Abbrüchen illegalisiert wird, ist Frauen ein ausreichendes Informationsangebot verwehrt.

Daher fordert Die Linke:

● den bedarfsgerechten Zugang zu legalen Schwangerschaftsabbrüchen. Dies bedeutet eine Sicherstellung der Versorgung auch bei mangelndem Angebot von niedergelassenen Ärzt*innen.

● ein städtisches Klinikum, dass für alle ungewollt Schwangere Abbrüche durchführt.

● die Fortbildung von Ärzt*innen im Bereich des Schwangerschaftsabbruchs, um eine ausreichende Versorgung sicherzustellen.

● dass die Kommune eine umfassende Auflistung von Ärzt*innen auf der Webseite der Stadt aufführt, die einen Schwangerschaftsabbruch anbieten oder über die Möglichkeit der Entscheidungshilfe informieren.

● dass die Kommune sich für den Schutz der Ärzt*innen vor der Verfolgung von §219a StGB einsetzt.

Finanzielle Entlastung durch kostenfreie Hygieneprodukte.

Besonders Menschen mit geringem Einkommen haben oft Schwierigkeiten, die regelmäßig notwendigen Tampons und Binden zu bezahlen. Dieser sogenannten Periodenarmut wollen wir entgegentreten. In der vergangenen Legislaturperiode konnten wir bereits ein Pilotprojekt anstoßen, bei dem Periodenartikel in einer öffentlichen Schule kostenlos zur Verfügung stehen.

Die Linke fordert:

● die kostenlose Abgabe von Periodenartikeln in sämtlichen öffentlichen Gebäuden und Schulen und damit die Ausweitung des bisherigen Pilotprojekts.

X. Queer - Gleichberechtigung für alle Lebensweisen

Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt ist gesellschaftliche Realität. Die Linke setzt sich für die Gleichberechtigung aller Lebensweisen ein. Daher setzen wir uns in der Kommune für eine gleichberechtigte Achtung queerer Lebensweisen ein (Lesben, Schwule, bi-, trans- und intersexuelle Menschen). Leider erfahren queere Menschen auch heute noch regelmäßig Diskriminierung und sexualisierte Gewalt. Daher wenden wir uns gegen jegliche Diskriminierung, ob privat, in der Schule oder am Arbeitsplatz. Wir begrüßen Initiativen wie die Bildung eines queeren Zentrums und unterstützen die zivilgesellschaftlichen Gruppen.

Wir setzen uns als Linke dafür ein, dass

● die Zusammenarbeit zwischen Kommunen und queeren Organisationen und regelmäßiger Gesprächsforen ausgebaut wird.

● die Stadt einen Diversitätsbeirat einrichtet, der die Stadt in den Belangen von Menschen, die von Rassismus, Klassismus, Sexismus und körperlicher/psychischer Beeinträchtigungen betroffen sind, zu berät.

● die Stadt den Verein queerKAstle e.V. bei der Schaffung eines queeren Zentrums durch zentrale Räumlichkeiten und ausreichend finanzielle Mittel unterstützt.

● die Stadt den jährlichen Christopher Street Day mit mehr Geld fördert, mit dem Ziel, dass die Demonstration langfristig nicht abhängig von Sponsoren ist und so Regenbogenkapitalismus zurückgedrängt wird. Wir setzen uns dafür ein, dass die Förderung langfristig gesichert ist und nicht gekürzt wird.

● eine Queerbeauftragten-Stelle eingesetzt wird. Die Stelle soll Ansprechperson für die Öffentlichkeit sein und Präsenz für das Thema herstellen.

● die Förderung für queere Begegnungs- und Beratungsstellen und regelmäßiger Gesprächsforen ausgebaut wird.

● vielfältige Geschlechteridentitäten in der kommunalen Verwaltung berücksichtigt werden, nicht zuletzt auch in Schrift und Sprache. Die nicht mehr zeitgemäße Einteilung in ein binäres Geschlechtersystem stellt für nichtbinäre, Trans- und Interpersonen eine alltägliche Barriere dar.

● der DGTI-Ergänzungsausweis in der Verwaltung anerkannt ist und das geplante Selbstbestimmungsgesetz, trotz aller seiner Defizite, im Standesamt Karlsruhe korrekt angewandt wird. Wir stellen uns gegen die Diskriminierung von trans- und nicht-binären Menschen in der kommunalen Verwaltung.

● Schutzräume für queere Flüchtlinge bereitgestellt werden.

● Beratungsangebote für sexuelle und geschlechtliche Identitäten öffentlich gefördert und eingerichtet werden. Dieses Beratungsangebot richtet sich auch an Personen, die Diskriminierung aufgrund des Geschlechts oder der sexuellen Identität erfahren. Auch für queere Menschen im Alter soll dieses Angebot zur Verfügung stehen.

● Präventionsprojekte und Organisationen umfassend unterstützt werden, die sich mit der Hilfe für Gewaltopfer beschäftigen.

● queere Lebensweisen in der Bildungs- und Erziehungsarbeit akzeptiert und sichtbar werden.

● Aufbau und Durchführung von schulischer Aufklärung über queere Themen gefördert werden.

● eine Erinnerungskultur zur Sichtbarmachung der Geschichte von Lesben, Schwulen, Queers, Bisexuellen sowie trans- und intergeschlechtlichen Menschen.

● auch die Belange älterer queerer Menschen explizit in Betracht gezogen werden - vor allem in der Pflege gibt es hier noch große Defizite.

XI. Für eine solidarische Einwanderungsgesellschaft

Wir als Linke treten für eine solidarische Einwanderungsgesellschaft ein. Für uns stehen dabei zwei zentrale Aspekte im Vordergrund: Das Recht, nicht fliehen zu müssen. Und das Recht, fliehen zu dürfen. Das bedeutet für uns, dass wir uns dafür einsetzen, Fluchtursachen zu bekämpfen. Dies ist für uns keine Phrase, sondern bedeutet, dass wir uns auch in Karlsruhe gegen Rüstungsexporte, Kriege, Auslandseinsätze der Bundeswehr, ausbeuterische und kolonialistische Handelsverträge, den Klimawandel und Menschenrechtsverlet-

zungen von Unternehmen und anderer Akteure einsetzen. Und es bedeutet, dass wir auch in Karlsruhe gegen die Abschottung Deutschlands und Europas kämpfen.

Wir streiten für sichere Fluchtwege, eine Seenotrettung, die ihren Namen verdient und für eine Gesellschaft, die Menschenrechte verwirklicht. Die geschlossenen Grenzen im Süden Europas sind mitverantwortlich für den Tod von über 30.000 Menschen. Dafür tragen auch die Bundesregierungen der vergangenen Jahre aus CDU, SPD, FDP und Grünen die Verantwortung. Wir werden dies nicht hinnehmen. Wir stehen an der Seite der Seebrückenbewegung, des Flüchtlingsrates, der selbstorganisierten Migrant*innen und Geflüchteten, der Seenotretter*innen und der vielen anderen zivilgesellschaftlichen Initiativen.

In Karlsruhe wollen wir einen humanen Umgang mit Asylsuchenden und Geflüchteten und stehen für eine Willkommensstruktur und -kultur für alle Mitbürger*innen. Wir fordern, dass alle Geflüchteten unabhängig von ihrem Herkunftsland hier die gleichen Rechte erhalten. Wir haben erlebt, dass es möglich ist, dass Geflüchteten, unmittelbar nach ihrer Ankunft eine bessere materielle Versorgung, Arbeitsrechte und eine freie Wohnungswahl, ohne die Pflicht in einem Lager zu leben, gewährt werden können. Diese Handhabung bei den Geflüchteten aus der Ukraine sollte für alle Menschen gelten, die hierher fliehen.

Deshalb wollen wir als Linke,

● dass Asylsuchende, die in der Landeserstaufnahme Karlsruhe ankommen, sofort nach ärztlicher Erstversorgung und Stellung ihres Antrages auf Asyl, in dezentralen Unterkünften untergebracht werden und dort individuell betreut werden und nicht bis zu ihrer Anschlussunterbringung in „Lagern“ gehalten werden.

● dass die Stadt die Patenschaft eines Schiffes für eine Seenotrettungsmission übernimmt statt der Patenschaft für eine Korvette der Bundeswehr.

● den Deutschunterricht ausbauen. Jede*r Geflüchtete sollte einen Deutschkurs besuchen können.

● einen Ausbau der schulischen Angebote für alle geflüchtete Kinder und Jugendliche.

● dass Karlsruhe der Erklärung der Stadt als „Sicherer Hafen“ Taten folgen lässt und aktiv die Aufnahme von aus Seenot Geretteten und ihrer Unterstützung in Karlsruhe vorantreibt.

● Geld- statt Sachleistungen für Geflüchtete: Nur mit einem selbstbestimmten Leben können Geflüchtete sich eine neue Existenz aufbauen.

● uns gegen alle Abschiebungen des Regierungspräsidiums im Raum Karlsruhe einsetzen. Wir wollen, dass Karlsruhe dem Netzwerk der „Solidarity Cities“ beitritt und alle dafür notwendigen Maßnahmen unternimmt. Dazu gehört vor allem, dass alle kommunalen Behörden dazu angehalten werden, dass sie den Aufenthaltsstatus von Menschen nicht weiter kontrollieren.

● die Einführung eines Ausweises, der genügt, um Leistungen der Kommunen wie z.B. Bibliotheken in Anspruch nehmen zu können. Auch Menschen ohne gültige Papiere sollen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

● Netzwerke, die der Selbstorganisation und Interessenvertretung von Geflüchteten sowie Migrantinnen und Migranten dienen, unterstützen und stärker finanziell fördern.

● dass Geflüchtete und Kinder mit Migrationshintergrund möglichst schnell den Regelunterricht an deutschen Schulen besuchen können.

● dass die Stellen für das Integrationsmanagement (im Rahmen des Paktes für Integration) ausschließlich an freie Träger der Wohlfahrtsverbände, die nachgewiesene Qualifikationen im Bereich Integration vorweisen können, vergeben werden und nicht an Mitarbei-

ter*innen von Karlsruher Behörden. So kann die Qualität der integrativen Maßnahmen gesichert und Interessenskonflikte von Integrationsmanager*innen, zwischen Zielvorgaben in den Behörden und Durchsetzung von Interessen der Geflüchteten, vermieden werden.

● Druck auf die grün-schwarze Landesregierung aufbauen, damit diese keine weiteren Abschottungsmaßnahmen wie sichere Herkunftsländer akzeptiert.

● die Schaffung von mehr, vielfältigen und echten Partizipationsmöglichkeiten für Migrant*innen in Karlsruhe. Migrationsbeiräte sind als Baustein dieser zu schaffenden Partizipationsstruktur zu verstehen.

● dass die Stadt stärker die Ausbildung von Geflüchteten unterstützt durch die Schaffung weiterer Ausbildungsstellen explizit für Geflüchtete.

● die Stärkung der Integrationsarbeit seitens der Kommunen durch eine verbesserte finanzielle und personelle Ausstattung sowie kontinuierliche Förderung von Projekten, die der Integrationspolitik von Menschen mit Migrationshintergrund dienen.

● den Ausbau der Beratungs-, Bildungs- und Unterstützungsangebote für Flüchtlinge und Migrant*innen durch freie Träger der Wohlfahrtsverbände und finanziert von der Stadt.

● die Förderung von Beratungsstellen für Opfer von Diskriminierung und Gewalt.

● die Förderung von interkulturellen Austauschmöglichkeiten.

● dass die Kommunen von den Wohnungsbaugesellschaften anonymisierte Bewerbungsverfahren verlangen. Noch immer werden Migrant*innen am Wohnungsmarkt systematisch benachteiligt.

● kommunales Wahlrecht für alle Menschen, die in der jeweiligen Kommune leben. Migrant*innen müssen Zugang zu allen politischen und sonstigen Ämtern und Positionen haben.

XII. Antifaschismus muss praktisch werden – kein Platz für Rassismus

Gerade jetzt, wo sich Rassismus immer mehr in der Mitte der Gesellschaft breitmacht und Fremdenhass salonfähig wird, müssen wir uns dem umso konsequenter und lauter entgegenstellen. Wir unterstützen Menschen und Initiativen, die sich dem Rechtsruck aktiv entgegenstellen und sich für ein weltoffenes, solidarisches Karlsruhe ohne Ausgrenzung und Rassismus engagieren. Wir stellen uns gegen diejenigen, die Menschen aufgrund ihrer Herkunft oder Lebensweise verachten, sie herabwürdigen, bedrohen oder ihnen ihre Rechte absprechen.

Deshalb setzen wir uns als Linke dafür ein, dass

● die Stadt ein Teil von Bündnissen gegen rechts sind und diese finanziell fördern.

● zivilgesellschaftliche Initiativen unterstützt werden, die sich gegen rechts engagieren. Karlsruhe soll sich deutlich gegen die Kriminalisierung von Antifaschist*innen wenden.

● der Gemeinderat klar politisch Stellung gegen Nazis und Rassisten bezieht und selbstverständlich das Ziel verfolgt, zivilgesellschaftlich durch Blockaden Naziaufmärsche zu verhindern.

● alle demokratischen Parteien die Zusammenarbeit mit der AfD konsequent verweigern und sie in keiner Weise in den politischen Diskurs integriert. Es gibt kein Recht auf rassistische und menschenverachtende Propaganda, weder auf der Straße noch im Gemeinderat.

● die Antidiskriminierungsstelle Karlsruhe deutlich höhere finanzielle Mittel bekommt. Wir wollen im ersten Schritt fünf Vollzeitstellen schaffen und danach kontinuierlich die finanziellen Mittel erhöhen.

● eine auskömmliche Finanzierung und vollständige Umsetzung des auf Antrag der Linken im Gemeinderat beschlossenen Aktionsplans „gegen Rechtsradikalismus, Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung jeglicher Art“ stattfindet.

● eine aktive Erinnerungskultur über den antifaschistischen Widerstand gegen den Faschismus und über die Verbrechen des Faschismus betrieben wird. Dazu gehören der Erhalt, die Pflege und der Ausbau aller antifaschistischen Gedenkstätten und eine offensive Auseinandersetzung mit neofaschistischem Gedankengut und Geschichtsfälschung.

● intensive Aufklärungsarbeit über Rassismus, Antisemitismus, andere gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und über rassistische Organisationen von der Stadt betrieben wird.

● die Wochen gegen Rassismus im jährlichen Rhythmus stattfinden, abwechselnd organisiert von der Stadt Karlsruhe und Zivilgesellschaft mit Finanzierung durch die Stadt.

● alle Karlsruher Schulen dem Netzwerk „Schule ohne Rassismus“ beitreten.

● die Kommunen alle Handlungsmöglichkeiten nutzen, um rechtsextreme Demonstrationen, Konzerte oder ähnliches zu unterbinden.

● eine verbesserte Schulung von Mitarbeiter*innen der öffentlichen Verwaltung zur Sensibilisierung hinsichtlich diskriminierenden Verhaltens stattfindet bei gleichzeitig konsequenter Ahndung von Verstößen.

● eine geschichtliche Auseinandersetzung von der Stadt mit den Folgen des Radikalenerlasses geführt wird, der viele Unschuldige kriminalisiert hat.

● ein städtischer Fonds für Opfer von Diskriminierung und Gewalt eingerichtet wird.

● ein Fördertopf für Projekte gegen Rassismus und Diskriminierung jeglicher Art eingerichtet wird.

● die Erarbeitung und Etablierung diskriminierungsfreier Standards im Sport, insbesondere im Kinder- und Jugendsport und im Bereich der Fankultur stattfindet.

XII. Demokratie in Karlsruhe – Partizipation im Alltag stärken

Die Linke tritt dafür ein, dass politische Diskussions- und Entscheidungsprozesse grundsätzlich für die Teilnahme aus der Bevölkerung geöffnet werden. Bürger*innenbeteiligung muss dabei mehr sein, als andere Meinungen nur weg zu moderieren. Wir wollen, dass die kommunalen Vertretungen und Verwaltungen die bereits vorhandenen Möglichkeiten intensiv und regelmäßig nutzen und erweitern. Linke Kommunalpolitik hat die Bürger*innenkommune als erklärtes Ziel.

Die Linke setzt sich ein für

● die Schaffung von Bürger*innenhaushalten, in denen Die Bürger*innen jeder Kommune über die Verwendung von finanziellen Mitteln entscheiden. Als ersten Schritt wollen wir die Festlegung von zwanzig Prozent der disponiblen städtischen Investitionsmittel für die Haushaltsperiode im jährlichen Haushaltseckwertebeschluss durch die Stadtverordneten, um eine echte Mitbestimmung der Bürger*innen zu ermöglichen. Hier haben wir bereits entsprechende Initiativen gestartet.

● den Ausbau der bürgerschaftlichen Mitbestimmung in den kommunalen Betrieben und die Wahl von Bürger*innen in die Aufsichtsräte.

● die Errichtung von Stadtteilräten in allen Stadtteilen Karlsruhes ähnlich der Ortschaftsbeiräte. Außerdem wollen wir alle Ortschafts- und zukünftigen Stadtteilräten in ihren Befugnissen durch stärkere Mitspracherechte und eine verbesserte finanzielle Ausstattung bestärken.

● eine gesetzliche Pflicht, dass mittel- und langfristige Planungen unter Beteiligung der Bürger*innen entwickelt, beraten und entschieden werden.

● einen Ausbau der elektronischen Informations- und Beteiligungssysteme, um eine Online-Beteiligung von Bürger*innen an kommunalen Entscheidungen zu ermöglichen.

● eine stärkere Einbindung von zivilgesellschaftlichen Initiativen und Verbänden wie Gewerkschaften, Umweltverbänden, Friedens- und Bürgerinitiativen.

● den Ausbau von Bürgerzentren und Verwaltungsstrukturen in den Stadtteilen. Schließungen von Bürgerzentren und -büros lehnen wir konsequent ab.

● die langfristige Förderung von zivilgesellschaftlichen Projekten statt begrenzter Förderung auf ein oder zwei Jahre.

● die Erstellung eines kommunalen Vergabeberichts, um nachvollziehbar zu machen, welche Firmen bei der Auftragsvergabe durch die Stadtverwaltung aus welchen Gründen den Zuschlag erhalten haben.

● den Aufbau eines internetbasierten Informationsregisters, in dem die Stadtverwaltung städtische Verträge, Gutachten, Statistiken und Verwaltungsvorschriften zeitnah, fortlaufend und frei verfügbar (im Sinne von Open Data) veröffentlicht.

● den Aufbau eines internetbasierten Gemeinderat-Tools, welches die Anwesenheit, das Abstimmungsverhalten und Anträge der einzelnen Fraktionen und Gemeinderäte einfach nachverfolgbar darstellt.

Bürgerrechte statt Überwachungsstaat.

Immer mehr Politiker*innen arbeiten an der Einschränkung von Bürgerrechten, um damit eine vermeintliche Sicherheit zu erreichen. Dass diese so nicht erreicht wird, dass wir unsere Freiheit aufgeben, interessiert sie dabei nicht. Wir als Linke wollen stattdessen Bürgerrechte ausbauen und Sicherheit dadurch erreichen, dass wir an die Ursachen der Kriminalität gehen, nämlich oftmals Armut, soziale Ausgrenzung, aufwachsen in Perspektivlosigkeit usw. Wir wollen mit unserem Sozialprogramm diese Ursachen verändern und dort Perspektiven schaffen, wo Menschen ihre Hoffnungen verloren haben.

Wir als Linke stehen für folgende Punkte:

● In Karlsruhe wollen wir ein Präventionsgremium einsetzen, in welchem Polizei, soziale Dienste, staatliche und kommunale Verwaltungen, Jugendverbände, Schulen und vor allem Betroffene produktiv zusammengeführt werden.

● Wir wollen eine massive Aufstockung der Jugendsozialarbeit, um vor allem perspektivlose Jugendliche vor dem Abrutschen in die Kriminalität zu bewahren.

● Öffentliche und persönliche Sicherheit erfordern auch eine lebenswerte Gestaltung öffentlicher Straßen und Plätze, öffentlicher Einrichtungen und von Naturräumen sowie Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung.

● Wir wollen eine Berücksichtigung kriminalitätssenkender Faktoren in der Stadtgestaltung, insbesondere bei der Verkehrsinfrastruktur und bei Neubauten (offene Straßengestaltung, Straßenbeleuchtung usw.), um Angsträume zu verhindern.

● Ein vergünstigtes, kommunal finanziertes Frauennachttaxi.

● Einen Notrufknopf an Karlsruher Bahn- und Bushaltestellen.

● Die Linke hält nichts von einem unverhältnismäßigen Sicherheitswahn und spricht sich deswegen gegen eine flächendeckende Überwachung der öffentlichen Räume aus. Außerdem hat das Recht auf Privatsphäre und auf informationelle Selbstbestimmung grundsätzlich Vorrang.

● Wir wollen uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass der Drogenkonsum entkriminalisiert wird. Es sind Angebote zur Suchtprävention und zur Suchthilfe zu schaffen. Drogenabhängigkeit stellt nicht in erster Linie ein strafrechtliches, sondern vor allem ein soziales und medizinisches Problem dar.

● Wir wollen eine unabhängige Melde- und Untersuchungsstelle für rechtswidrige Kontrollen und Übergriffe seitens der Polizei.

● Die Reduzierung der Fahrraddiebstähle durch eine Offensive für abschließbare Fahrradgaragen und -boxen.

Unterstützung der freiwilligen Feuerwehren

Einen maßgeblichen Beitrag zur Sicherheit in einer Gemeinde oder Stadt leisten die freiwilligen Feuerwehren. Sie sind die wichtigsten nichtpolizeilichen Träger der Brand-, Gefahren- und Katastrophenabwehr. Darüber hinaus sind sie auch ein identitätsstiftender Faktor. Aufgrund der demografischen Entwicklung und gesellschaftlicher Veränderungen in der Arbeitswelt in den letzten Jahrzehnten stehen die freiwilligen Feuerwehren vor großen Herausforderungen.

Deshalb muss es ein wichtiges Anliegen sein,

● die kommunale Infrastruktur des Brand- und Katastrophenschutzes durch mehr Personal und eine bessere Bezahlung zu sichern.

● die freiwilligen Feuerwehren als Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge in ihrer Organisation zu unterstützen. Die ehrenamtliche Arbeit in der freiwilligen Feuerwehr ist gesellschaftlich anzuerkennen und durch eine Ausweitung und Erhöhung der Aufwandsentschädigungen zu fördern.

● die Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit sinnvoll zu nutzen, um die flächendeckende Einsatzbereitschaft zu sichern.

Öffentlicher Raum – wem gehört die Stadt?

Die Linke fordert das Recht auf eine gemeinsame Gestaltung des öffentlichen Raumes. Allen Karlsruher*innen muss ermöglicht werden, die Stadt als ihr unmittelbares Lebensumfeld aktiv mitzugestalten. Der Einbezug kreativer Elemente bei der Bebauung öffentlicher Flächen soll daher verstärkt berücksichtigt werden. Eine Stadt, in deren Aufbau sich jede*r ohne Hürden einbringen kann, ist eine Stadt, mit der sich die Einwohner*innen identifizieren.

Um eine gemeinsame und solidarische Gestaltung des öffentlichen Raums zu ermöglichen, ist das Vorhandensein grundlegender Infrastruktur unerlässlich. Öffentliche Toiletten, Sitzgelegenheiten ohne Konsumzwang oder WLAN-Hotspots sind nur einige Aspekte, die von der Stadt Karlsruhe vermehrt bereitgestellt werden müssen. Die Linke setzt sich daher für einen Ausbau der kommunalen Infrastruktur ein.

Die Linke steht ein

● für mehr öffentliche, kosten- und barrierefreie Toiletten.

● für mehr Mülleimer mit einer äußeren Halterung für Pfandflaschen.

● für mehr Sitzbänke im öffentlichen Raum. Es müssen in der Innenstadt mehr Sitzgelegenheiten ohne Konsumzwang von städtischer Seite zur Verfügung gestellt werden. Die Stadt muss die Instandhaltung dieser öffentlichen Sitzgelegenheiten in ihre Verantwortung nehmen.

● für mehr Trinkwasserbrunnen im öffentlichen Raum, die entsprechend deutlich als solche gekennzeichnet sind.

● für die Einführung einer Quote von öffentlichen, nicht kommerziellen Plätzen.

● für einen angemessenen Ausbau und Instandhaltung der kommunalen Bürgersteige.

● für den Aufbau eines kommunalen WLAN-Netzwerks in der gesamten Stadt. (siehe Abschnitt Digitalisierung).

● für öffentliche und frei zugängliche Graffiti-Flächen, sowie die verstärkte Kooperation mit lokalen Künstler*innen bei der Gestaltung öffentlicher Räume und Flächen.

● für kommunale Bereitstellung kostenfreier Kulturräume (z.B. Bandproberäume, Künstlerateliers, Co-Working-Spaces) unter Beaufsichtigung geeigneten Personals.

● für kommunale Förderung zur Errichtung von Nachbarschaftsküchen, Treffpunkten sowie Aufenthaltsräumen mit ausreichend Sitzgelegenheiten für ältere Menschen und wartende Eltern.

● für die Einrichtung von weiteren Urban Gardening Spots (öffentliche Gartenflächen) in städtischen Grünanlagen.

● gegen den weiteren Ausbau von „feindlicher Architektur“ (Absperrungen von Bereichen, die vor Regen schützen oder unbequemen Sitzgelegenheiten, um Obdachlose aus der öffentlichen Wahrnehmung zu verdrängen) und den Rückbau der bereits bestehenden.

● für den Ausbau von behindertengerechten und barrierefreien Haltestellen und Übergängen, sowie die Anschaffung besser an diese Herausforderungen angepasste öffentliche Verkehrsmittel.

● gegen die Verdrängung alkohol- und suchtkranker Menschen von öffentlichen Plätzen mit administrativen und repressiven Mitteln. Erfolgversprechender hingegen ist eine soziale Betreuung dieser Menschen und die Bereitstellung von Räumen, in denen sie sich aufhalten können.

XIII. Vorteile der Digitalisierung nutzen – für alle

Die Digitalisierung eröffnet viele Möglichkeiten und Vorteile für das alltägliche Leben. Wir als Linke wollen, dass diese von allen genutzt werden können. Städtische Services und Dienstleistungen von städtischen Unternehmen sollen mittels Digitalisierung vereinfacht und eine Teilhabe an politischen Prozessen erleichtert werden. Vielfältige Bildungsmöglichkeiten sollen den Zugang zur Nutzung von digitalen Möglichkeiten, von digitalen Plattformen und Geräte erleichtern.

Es soll aber keinen Zwang zur Nutzung digitaler Services geben. Menschen, die keinen Zugang zu digitalen Hilfsmitteln bspw. Smartphones haben oder wünschen, sollen andere

Angebote zur Nutzung aller elementaren städtischen Services zur Verfügung stehen.

Unsere Kernpunkte:

- Digitalisierung FÜR Menschen, nicht STATT Menschen
- Digitale Bildung an Schulen fördern und stärken
- Öffentliches Geld für öffentliche Nutzung – Open Source statt teurer Lizenzen

Datensouveränität statt Datenmissbrauch.

Der Handel mit Daten ist eines der lukrativsten Geschäftsmodelle im 21. Jahrhundert. Google, Meta & Co. erheben und verwenden zum Teil höchstsensible Daten. Die Nutzer*innen können nur erahnen, wie diese Daten verwendet werden. Wir wollen, dass die Souveränität über die Daten wieder bei den Bürger*innen liegt.

Deshalb fordern wir:

● Die Reduzierung von Videoüberwachung im öffentlichen Raum.

● Die Ernennung unabhängiger Datenschutz- und Digitalisierungsbeauftragten für die Stadt.

● dass der/die Einzelne aktiv entscheiden soll, welche Daten er/sie zur Verfügung stellt und welche nicht („Opt-in“), statt des Abgreifens aller Daten als Normalfall, falls kein Widerspruch erfolgt: Den Bürger*innen soll die Wahl ermöglicht werden, welche Daten die Stadt benutzen darf und welche nicht. Eine Möglichkeit zur Verwirklichung ist der Aufbau einer eigenen städtischen Online-Plattform, wie in Barcelona geschehen.

● dass auch in Zukunft die Stadt keine Daten an private Unternehmen verkaufen darf oder durch Projektvergaben oder Kooperationen die Aneignung der Daten von Bürger*innen durch Dritte ermöglicht.

● die Einführung eines Transparenzportals der Stadt Karlsruhe (nach dem Vorbild Hamburgs), auf welchem die Stadt alle ihre Informationen als maschinenlesbare Daten veröffentlicht.

Kostenfreies Internet als öffentliche Daseinsvorsorge.

Der Zugang zum Internet ist mittlerweile in vielen Bereichen eine Notwendigkeit. Wer keinen Zugang hat, droht sozial ausgeschlossen zu werden. Als Linke erachten wir die Verbindung zum Internet als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Elektrizität und Wasser

und stehen deshalb ein für:

● den weiteren Ausbau des öffentlichen WLANs mit dem Ziel im gesamten Stadtgebiet kostenfreies, sicheres WLAN mit hohem Datenschutzstandard zu ermöglichen. Ein Internetzugang muss für alle Bürger der Stadt, auch mit geringen wirtschaftlichen Mittel, gewährleistet sein.

● staatlich finanzierte Glasfasernetze, die öffentliches Eigentum sind, genossenschaftlich betrieben und diskriminierungsfrei an die Endverbraucher*innen vermietet werden, wie es bei der Energieversorgung z.B. mit den Stadtwerken üblich ist.

● die Unterstützung des Projekts „Freifunk“ durch die Stadt Karlsruhe. Als Maßnahmen hierzu zählen u.a. die Öffnung der städtischen Gebäude für Freifunk zur Installation der notwendigen Hardware.

● die Umwandlung des gesamten Telekommunikationsnetzes zu öffentlichem Eigentum in kommunaler Hand sowie die Bereitstellung vergünstigter Tarife für ärmere Haushalte.

● den Ausbau von Ladestationen in der Stadt für mobile Endgeräte z.B. auch in Bussen und Bahnen.

Digitalisierung menschenfreundlich gestalten - Potential gemeinwohlorientiert nutzen.

Der technologische Wandel hat weitreichende Folgen für fast alle Lebensbereiche. Als Linke sind wir davon überzeugt, dass aus technologischem Fortschritt auch wirklicher, gesellschaftlicher Fortschritt erwachsen kann – wenn die technologischen Potentiale im Sinne der Menschen und nicht des Kapitals genutzt werden. Wir wollen Innovationen, die nicht nur einigen wenigen Großkonzernen, sondern der breiten Allgemeinheit nutzen, die die sozialökologische Transformation der Wirtschaft vorantreiben und die einen Beitrag dazu leisten, die Digitalisierung menschenfreundlich zu gestalten.

Die Linke fordert deshalb:

● den Ausbau der Kooperation zwischen Stadt, Universität und Hochschulen sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen zur weiteren Verbesserung digitaler Services.

● eine Verbesserung der finanziellen und personellen Ausstattung der Ämter, um Digitalisierungsprojekte zügig vorantreiben zu können. Ziel muss sein, die externen Auftragsvergaben für Softwareprojekte durch Erweiterung der internen Kompetenzen zu reduzieren. Durch Verlagerung der Softwareentwicklung nach innen können Änderungen und Verbesserungen intern umgesetzt werden und müssen nicht erst aufwändig und kostenintensiv extern vergeben werden.

● dass Ausschreibungen für Projekte im Bereich der Digitalisierung – falls sie nicht durch städtische Träger erledigt werden können – so gestaltet werden, dass lokale, kleine und mittelständische Unternehmen eine Chance haben. Insbesondere sollen dabei soziale Kriterien wie die Existenz von Tarifverträgen und Betriebsräten berücksichtigt werden.

Karlsruhe digital.

Die Digitalisierung bietet für die Kommunen Möglichkeiten, um die Stadt zu einem lebenswerteren Ort zu machen. Die Linke begrüßt die gemachten Schritte und will auf diesen aufbauen.

Die Linke fordert deshalb:

● dass die städtischen Behörden mittelfristig auf die Nutzung von Open-Source-Software umsteigen sollen. Software für die Verwaltung wird oftmals von jeder Kommune neu entwickelt. Um Kosten einzusparen, möchten wir, dass ein Großteil der Software-Projekte als Open-Source-Software ausgeschrieben wird. Durch die Offenstellung des Programmcodes kann jede Kommune mitentwickeln, die Software mitverwenden und muss nicht von vorne beginnen. Open-Source-Software bietet zudem hohe Sicherheitsstandards, schafft Unabhängigkeit von globalen Konzernen und bietet die Möglichkeit zur Mitgestaltung durch Bürger*innen.

● den Aufbau eines Digital Office der Stadt, das vor allem Projekte in den Bereichen Verkehr, Abfallwirtschaft etc. vorantreibt.

● das E-Government zu stärken: Die Digitalisierung möglichst vieler Behördengänge vorantreiben bei gleichzeitigem Ausbau der personellen Ausstattung von Bürgerbüros.

● ein alternatives Smart City Modell, in dem die Stadt eine Digitalisierung basierend auf den gesellschaftlichen Bedürfnissen vorantreibt und nicht auf Basis von Profitinteressen der Konzerne.

● den Ausbau der Fortbildungsangebote zum Themenfeld Digitalisierung für Angestellte der Stadt.

● den Ausbau der stadteigenen Informationsplattformen.

● eine Ende-zu-Ende-verschlüsselte und damit sichere Kommunikation mit Ämtern.

● den Ausbau der finanziellen Förderung von Vereinen und zivilgesellschaftlichen Initiativen im Bereich der digitalen Aufklärungsarbeit über Technik, Medienkompetenz und Datenschutz.

● Die Stärkung von Schulungszentren zur Förderung von Medienkompetenz und Datenschutzbewusstsein für Personen jeglichen Alters.

Mehr E-Demokratie wagen

Obwohl gerade auf kommunaler Ebene die Möglichkeit der Einbindung von Bürger*innen in demokratischen Entscheidungsprozessen möglich ist, findet dies oftmals nicht statt. Linke Politik bedeutet auch immer die Demokratisierung aller Lebensbereiche. Wir wollen die Menschen ermutigen, ihre Meinung einzubringen und aufzeigen, dass Veränderung möglich ist und alle dazu ihren Beitrag zusteuern können. Das Internet eröffnet neue Möglichkeiten zum Ausbau einer partizipativen Demokratie.

Die Linke will die mit der Digitalisierung entstehenden Möglichkeiten nutzen und tritt deshalb ein für:

● die Onlineübertragung und Archivierung aller Sitzungen im Gemeinderat, auch der Ausschüsse, sowie verstärkte Kommunikation von Entscheidungen über soziale Medien, wobei die Hauptinformationsquelle die eigene Website der Stadt sein soll.

● den Ausbau des Online-Beteiligungsportals der Stadt von der Möglichkeit zum Einholen von Meinungen der Bürgerschaft bis hin zu einer Plattform für die Einreichung von Vorschlägen zur Verbesserung der Stadt mit dem Ziel, dass die Bürger*innen selbst eigene Anträge einreichen können. Wir wollen diese Form der Partizipation stärken und für alle möglich machen. Deshalb fordern wir, dass die Stadt verpflichtet wird, über die vorgeschlagenen Maßnahmen und Initiativen zu diskutieren und diese zu beantworten. Außerdem wollen wir diese Plattform nutzen, um unsere Forderung eines Bürgerhaushalts umsetzbar zu machen. Wir wollen, dass die Stadt, einen Maßnahmenkatalog erarbeitet, wie diese Form der Partizipation möglichst vielen bekannt gemacht werden kann, um eine Erhöhung des Beteiligungsgrades aller gesellschaftlichen Milieus zu erreichen.

● die Förderung des Ausbaus von Onlinepräsenz und die Unterstützung, sowohl finanziell als auch beratend, von Bürgervereinen, Sport-, Musik-, und anderer Vereine bei der Digitalisierung, mit dem Ziel, die Präsenz in der Stadtgesellschaft zu erhöhen und einfachere Informationsmöglichkeiten für Hinzugezogene zu ermöglichen.

Die digitale Bildung vorantreiben.

Die Bildungspolitik muss Kinder, Jugendliche und Erwachsene für eine zunehmend digitalisierte Welt fit machen. Die Stadt Karlsruhe hat mit ihren Investitionen in die Ausstattung der Schulen einen ersten richtigen Schritt unternommen. Darauf muss aufgebaut werden.

Als Linke fordern wir deshalb:

● die weitere Erhöhung der Investitionen in die Ausstattung der Schulen, inklusive Berufs- und Volkshochschulen mit Internetzugang, Computern, mobilen Endgeräten usw. auch unter Ausnutzung finanzieller und Abrufen personeller Unterstützung der Landesregierung.

● dass alle Schüler*innen einen Internetzugang und ein geeignetes Endgerät haben soll.

● dass Lehrkräfte, die das digitale Lernen vorantreiben möchten, unbürokratisch für ihre Klassen Endgeräte sowie WLAN bekommen. Weiter tritt Die Linke dafür ein, dass eine Beratungsstelle für das digitale Lernen eingerichtet wird. Hier erhalten Lehrkräfte, Eltern und Schüler die nötige Hilfe (von der Einrichtung des WLANs bis zur Konfiguration der Endgeräte) damit das digitale Lernen gelingt.

● die Erarbeitung eines ganzheitlichen pädagogischen Konzepts für die digitale Bildung unter Einbeziehung des Arbeitskreises Mobiles Lernen Karlsruhe sowie von Schulvertreter*innen, Lehrkräften, Schüler*innen, Azubis, Studierenden, Elternvertretungen und anderer zivilgesellschaftlicher Kräfte. Als zentrale Frage gehört hierzu, wie eine Stärkung der Medien- und Digitalkompetenz erreicht werden kann.

● dass die Instandhaltung, Wartung und Verwaltung der IT-Infrastruktur von qualifiziertem Fachpersonal durchgeführt werden muss. Dies kann nicht von Lehrkräften nebenbei gemacht werden.

● dass jeder Lehrkraft ein mobiles Endgerät zusteht.

● den Ausbau digitaler Bildungsangebote für die gesamte Gesellschaft unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Kräfte und regionaler Unternehmen.

XIV. Legalize it: Für eine rationale Drogenpolitik

Die deutsche Drogenpolitik ist ebenso überholt wie unwirksam. Sie richtet sich maßgeblich gegen Die Konsument*innen und drängt abhängigkeitskranke Menschen durch Stigmatisierung und Kriminalisierung an den Rand der Gesellschaft. Unsinnige Kosten für die strafrechtliche Verfolgung von Menschen, die Rauschmittel konsumieren, sollten in sinnvolle Projekte zu den Gefahren von übermäßigem Konsum und Sucht investiert werden. Die Kriminalisierung von Drogenkonsum und die Verdrängung von Abhängigen aus dem öffentlichen Raum lehnen wir entschieden ab. Dies löst die vorhandenen Probleme nicht.

Drogenpolitik muss endlich übergehen in eine ehrliche Auseinandersetzung mit jungen Menschen über Konsumrisiken, eine wirksame Prävention für Suchtgefährdete, die Gesundheitsversorgung abhängigkeitskranker Menschen und Verbraucherschutz für Konsumierende.

Die Entkriminalisierung und der kontrollierte Eigenanbau von Cannabis sind längst überfällige, erste Schritte in die richtige Richtung, doch vom ursprünglichen Versprechen der Ampelkoalition bleibt nicht viel übrig: Modellprojekte statt deutschlandweiter Legalisierung, keine fundierten Konzepte zur Prävention, vorerst weiter keine vernünftigen Grenzwerte für den Straßenverkehr. Genauere Regelungen zu Cannabis Social Clubs und Modellprojekten werden den Ländern überlassen.

Auf kommunaler Ebene steht Die Linke für:

● eine Bewerbung Karlsruhes als Modellregion zur legalen Abgabe von Cannabis. Die Bewerbung als Modellregion soll in Zusammenarbeit mit Anbauvereinen stattfinden, die sich für gemeinschaftlich und nicht kommerziell angebautes Cannabis einsetzen, den nötigen Rahmen für einen verantwortungsvollen Konsum bieten und in diesem Gebiet die nötige Expertise aufweisen. Hiervon würden auch viele Patient*innen profitieren.

● einen Ausbau der Hilfsangebote für Drogenabhängige.

● frei zugängliche öffentliche Räume mit sanitären Anlagen, in denen sich Drogenabhängige ohne Verfolgungsdruck aufhalten können.

● die finanzielle Unterstützung der Selbsthilfe unter Einbeziehung der Betroffenen in die Gestaltung der Hilfsangebote.

● den Ausbau der Präventionsarbeit an Karlsruher Schulen mit dem Ziel, junge Menschen zu befähigen, Suchtgefahren und gesundheitliche Risiken realistischer einzuschätzen.

● ein absolutes Werbeverbot im öffentlichen Raum und insbesondere auf städtischen Flächen für jegliche Art von Drogen, Tabak und Alkohol inbegriffen.

XV. Tiere sind keine Ware

Haustiere und Wildtiere gehören zu unserem städtischen Lebensumfeld und sind aus diesem nicht wegzudenken. Da ihre Lebensräume und -weisen stark von unseren Entscheidungen abhängen, benötigen sie unseren besonderen Schutz. Viele Tiere werden leider schon unter schlechten, rein profitorientierten Bedingungen geboren und aufgezogen. Nicht alle Halter*innen gehen verantwortungsvoll mit ihrer Aufgabe um, häufig werden Tiere aus reiner Unwissenheit nicht artgerecht gehalten. Die Folge ist, dass Tiere unter lebensunwürdigen Bedingungen leiden, bis sie sterben oder ausgesetzt bzw. ins Tierheim abgegeben werden. Die überfüllten Tierheime sprechen hierzu eine deutliche Sprache.

Die Linke tritt ein für:

● die finanzielle Unterstützung von Tierheimen und qualifizierte Förderung von ehrenamtlichen Strukturen im Tierschutz.

● Zirkusgastspiele ohne Dressur oder Auftritte von Wildtieren.

● einen altersgerechten Tierschutz-Unterricht in Kindergärten und Schulen, um das richtige Verhalten und den Umgang mit Tieren zu lernen.

● ein kommunales Gütesiegel für den verantwortungsvollen Tier- und Tierbedarfshandel einzuführen, welcher sich verbindlich verpflichtet, Tiere artgerecht zu versorgen und seine Kund*innen sorgfältig zu informieren.

● Initiativen zur Begegnung von Menschen und Tieren zu unterstützen.

● eine nachweisbare angemessene Information und Aufklärung der künftigen Tierhalter*innen durch die Händler*innen.

● für ausgewiesene Hundeklos, Hundespielplätze und sichere, umzäunte Freilaufflächen im Karlsruher Stadtgebiet.

● die Förderung von Imkerei auf städtischen Grünflächen und in Schrebergärten.

● die Durchsetzung des Fütterungsverbotes von Wasservögeln und Tauben in der Stadt.

● die Berücksichtigung der Bedürfnisse von Wildtieren bei allen Stadtplanungsprojekten, etwa die Futter- oder Nistplatzsuche.

● artenreiche und insektenfreundliche Grünflächen durch naturnahes Mähen.

● die Unterstützung von Projekten und Maßnahmen für geschützte Wildtierarten in Baden-Württemberg.

● den Vorrang von Belangen von Wildtieren vor Straßenverkehr, dies beinhaltet etwa die konsequente Sperrung während der Krötenwanderung.

XVI. Karlsruhe antimilitaristisch – Frieden beginnt vor Ort

Kriege schaffen immer unermessliches menschliches Leiden. Waffenexporte und Kriegseinsätze aus Deutschland fördern die Kriege auf der Welt nur weiter – auch in der Ukraine. Als Linke treten wir nach wie vor für eine konsequente Friedenspolitik ein, auch in Karlsruhe. Karlsruhe, als Mitglied bei Mayor for Peace (internationale Vereinigung von Bürgermeister*innen für Friedensarbeit und atomare Abrüstung), muss deutlich stärker als bisher klare Position beziehen gegen weitere Aufrüstung und Konfrontation sowie für Abrüstung und Dialog eintreten.

In der Stadt streiten wir:

● für eine aktive Erinnerungsarbeit für Pazifismus und gegen Krieg und Militarismus.

● für die Umgestaltung oder Umwidmung aller Kriegsdenkmäler in Friedensdenkmälern und die Benennung von Straßen nach Pazifist*innen.

● für den Stopp jeglicher Förderung von Unternehmen und Einrichtungen, die im Rüstungsbereich produzieren oder forschen. Wir wollen diese auch nicht in unserer Stadt ansiedeln.

● für ein Ende jeglicher Militärforschung an universitären und öffentlichen Einrichtungen jeglicher Art. Wir unterstützen die Einführung einer Zivilklausel am KIT.

● für einen Stopp der Ansiedelung von Bundeswehr-Standorten im Stadt- und Landkreis.

● für „Kein Werben fürs Sterben“. Wir wollen keine Info-Stände der Bundeswehr bei Ausbildungsmessen in unserer Stadt. Wir wollen nicht, dass Minderjährige und junge Erwachsene an Schulen, Bildungszentren und der Arbeitsagentur von der Bundeswehr angeworben werden. Außerdem wollen wir Bundeswehrwerbung im öffentlichen Raum generell unterbinden.

● dafür, dass Karlsruhe die Patenschaft für ein Schiff der zivilen Seenotrettung übernimmt, statt für eine Korvette der Bundeswehr.

● dafür, dass Karlsruhe als Projektpartner mit Van in der Türkei weiter die Bundes- und Landesregierung drängt, ihre Kooperation mit dem Regime Erdoğans einzustellen. Die demokratisch gewählten Bürgermeister*innen und Abgeordneten der Opposition in der Türkei müssen wieder in ihre Ämter eingesetzt und aus der Haft entlassen werden.

● dafür, dass Karlsruhe mit seinen Städtepartnerschaften zu Winnyzja (Ukraine) und Krasnodar (Russland) nach Beendigung des Krieges diese beim Wiederaufbau unterstützt und die Völkerverständigung aktiv fördert.
● im Wissen um die Ablehnung der Kriegshandlungen, auch von viele Menschen in Russland, setzen wir uns für die Stärkung der dortigen Zivilgesellschaft ein, indem z.B. die Städtepartnerschaft mit Krasnodar in der aktuellen Situation zumindest auf der Ebene persönlicher Kontakte und zivilgesellschaftlich orientierter Projekte fortgeführt werden kann.

Unsere Kandidat*innen für Karlsruhe – Karlsruhe mit LINKS!

1. Franziska Buresch
2. Christina Zacharias
3. Anne Berghoff
4. Tanja Kaufmann
5. Serena Schmidt
6. Jürgen Ringwald
7. Anna Frey
8. Johannes Schmidt
9. Mathilde Göttel
10. Philipp Frey
11. Leyla Duran
12. Elwis Capece
13. Alexandria Dritschler
14. Wolfgang Opferkuch
15. Ayla Schlegel
16. Rudolf Bürgel
17. Sabine Skubsch
18. Moritz Tremmel
19. Karin Binder
20. Sebastian Becker
21. Anete Wellhöfer
22. Roland Zöller
23. Sabine Zürn
24. Maximilian Hennecke
25. Sibylle Nies de Alva
26. Jean-Paul Marienfeld
27. Julie Bürkle
28. Alexander Dürrhauer
29. Miriam Dieterich
30. Sascha Gruber
31. Silke Falk
32. Matteo Foschi
33. Franziska Bauer
34. Andreas Hensel
35. Ilayda Kohl
36. Gerhard Lembach
37. Isabel Limerov
38. Daniel Wlostowski
39. Alena Schmitt
40. Maurice Knaus
41. Silke Gilliard
42. Klaus Krug-Beutner
43. Edith Ringwald
44. Daniel Öffner
45. Monika Bischof
46. Nicolas Herrmann
47. Claudia Wannersdorfer
48. Dr. Gregor Klein

Die Linke
Kreisverband Karlsruhe

Telefon: 0721 J 35 48 93 42
Email: info@dielinke-ka.de
Web: www.dielinke-ka.de
und bei Instagram, Facebook und X (Twitter)

Die Linke, Schützenstraße 46
76149 Karlsruhe

werde Mitglied:

weitere Informationen